

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonnr. 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 11.

Sonnabend, den 16. März 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Wollshagen-Langelsheim a. S.: Die Brüche
Eichenberg und Westerberg. Firma Strube. Jena: Granit-
betrieb, Conradus. Oldenburg: Firma Högl (für Marmor-
schleifer). Trier: Marmorwerkplatz Arnold Schäfer. Holzen
bei Eschershausen: Der Dolomitsteinbruch von Pappel u. Ko.
Stade (für Steinmetzen). Lüneburg (für Marmorarbeiter.)

Erfurt. Platz Merkel dauert Streik fort.

Speier. Platz S. Müller, J. Leub und S. Bauer streiken die
Steinmetzen (siehe Korrespondenz.)

**In Schwarzenbach a. S., Bunsiedel, Bernsdorf und Münch-
berg** ruht in den Granitbetrieben die Arbeit. Die Granit-
steinmetzen und Schleifer mögen dieses beachten.

Eisenhammer bei Steinwiesen sind die Differenzen bei der
Firma Ferd. Popp zugunsten der Kollegen erledigt.

Zur Beachtung! An verschiedenen Orten sind die
Tarifverhandlungen bzw. Lohnbewegungen eingeleitet.
Die Verbandsmitglieder werden wiederholt ersucht, bevor
sie am Orte um Arbeit zusprechen, sich jederzeit erst In-
formation von der Ortsverwaltung zu holen.

Die Thronrede und die Scharfmacherpresse.

Als der neugewählte Reichstag am 19. Februar d. J.
durch die Verlesung einer Thronrede vom Deutschen Kai-
ser eröffnet wurde und die reaktionären Heißsporne auf
politischem sowie die Scharfmacher auf wirtschaftlichem
Gebiete gedachten auf ihre Kosten zu kommen, die ihnen
der ganz nach ihrem Sinne geführte und alle Grenzen der
erlaubten Agitationsfreiheit weit überschreitende Wahl-
kampf auferlegt hatte, boten sie in ihrer Presse der Welt
eine Rundgebung, die nicht nur durchaus respektlos über
den Inhalt der Thronrede urteilt, sondern auch aufs
deutlichste zeigt, wie groß die Enttäuschung ist, die sich der
Herren Scharfmacher bemächtigt hat.

Nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen, die, um mit
den „Nationalen“ zu reden, „zu den schönsten Hoffnungen
berechtigten“, mag dies allerdings recht bitter sein. Durch
eine unglückliche, ähnlich wie im Jahre 1887 verübte
Diaperie des Volkes, ganz besonders seiner mittleren und
unbemittelten Schichten, betrieben durch die „nationalen
Parteien“, den famosen Reichsverband zur Bekämpfung
der Sozialdemokratie und die auf ganze Kraft gestellte
Maschinerie der amtlichen Wahlbeeinflussungen war es
wieder einmal gelungen, den Boden für das Geschäft-
machen vorzubereiten. Da kann man es den Herren recht
wohl nachfühlen, wie es tut, die Befürchtung hegen zu
müssen, daß es ihnen am Ende nicht gelinge, das Eisen
zu schmieden, so lange es heiß ist.

Ob die Scharfmacher die Sache nun wirklich so tragisch
zu nehmen brauchen, das möchten wir sehr bezweifeln.
Bis jetzt hat es die Erfahrung noch immer gelehrt, daß,
wenn das Volk sich einmal zu einer sogenannten „nationalen
Tat“ verleiten ließ, ihm der „Dank vom Hause Oesterreich“
dafür niemals vorenthalten wurde. Was die Zusammen-
setzung des neuen Reichstags in Beziehung auf die Stel-
lung der Parteien anbelangt, so hat es auch diesmal wie-
der begründete Aussicht auf diesen „Dank“; trotz der
schönen Worte in der Thronrede, die da lauten, der deutsche
Arbeiter solle nicht darunter leiden, daß die Wähler der
Sozialdemokratie noch nach Millionen zählen. Sind die
„nationalen Parteien“ aber erst einmal an der Arbeit, so
wird sich das alles noch finden. Vorläufig und unter dem
Eindruck der Thronrede scheint den Scharfmachern der
schöne Traum zerronnen zu sein, aus der Haut der Arbeiter
Kriemen zu schneiden und unter der Einwirkung einer
wenig zurechnenden Stimmung klagt eines ihrer Haupt-
organe und sagt von den Worten, womit die Thronrede
eingeleitet worden ist, daß sie ungefähr auf dem Niveau
gutmöglicher Volksversammlungsphrasen stünden und daß
sie ängstlich jede Anspielung vermieden über die Stellung-
nahme der Regierung zu den durch die Neuwahlen hervor-
gerufenen veränderten Verhältnissen. Nachdem, wie ge-
sagt, in durchaus respektlosiger Weise dieser Teil der
Thronrede charakterisiert wurde, schreibt das Blatt weiter:

Bei der bekannten Neigung der maßgebenden Per-
sönlichkeiten zur Vorsicht und zur Vermeidung jeder
entschiedenen Stellungnahme war ja nicht zu erwarten,
daß die heutige Thronbotschaft eine Sprache führen
würde, welche auch nur annähernd mit den großen Wor-
ten im Einklang gestanden hätten, die wir bei der
Reichstagsauflösung zu hören bekommen haben; aber
etwas mehr als die Kredenz einer solchen matten
Dimonade, wie sie die vorstehende Rundgebung darstellt,
hätte auch wohl der bescheidenste Einschäfer dem gegen-
wärtigen Reichsbüfettier wohl zugetraut. Es ist ihr
bezüglich der zahlreichen Fragen, welche der Ausfall
der Reichstagswahl gestellt hat, auch nicht eine einzige
Antwort zu entnehmen.

Mehr kann man von den „nach Bildung und Besitz
maßgebenden Klassen“ und Gütern des Thrones wirklich
nicht verlangen. Wenn aber unter dem Eindruck der für
sie ungünstig ausgefallenen Wahlen und der unerhörten
Agitationsweise der „nationalen Parteien“ und ihrer
Handlanger die Sozialdemokratie, d. h. eine ihrer Zei-
tungen, sich so etwas geleistet hätte, so stünde es außer aller
Frage, daß dem eine strafrechtliche Verfolgung auf dem
Fuße folgen würde.

Auch die Wendung in der Thronbotschaft, die zwar
von der Sozialdemokratie handelt, ohne ihr geradezu die
Fehde anzufügen, ist durchaus nicht nach dem Schmach
der Scharfmacherpresse. Sie hätte gewiß schärfere Töne
in der Thronrede erwartet und gewünscht, als sie in den
Worten zum Ausdruck kommen, die da lauten:

Aufgerufen zur Entscheidung über einen Zwiespalt
zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehr-
heit des vorigen Reichstags, hat das deutsche Volk be-
kundet, daß es Ehr' und Gut der Nation ohne kleinlichen
Parteigeist treu und fest behütet wissen will. In solcher
Bürger, Bauern und Arbeiter einigenden Kraft des
Nationalgefühls ruhen des Vaterlandes Geschicke wohl-
geborgen. Wie ich alle verfassungsmäßigen Rechte und
Befugnisse gewissenhaft zu achten gewillt bin, so hege
ich zu dem neuen Reichstage das Vertrauen, daß er es
als seine höchste Pflicht erkennt, unsre Stellung unter
den Kulturvölkern verständnisvoll und tatbereit zu be-
festigen.

Auch findet es keineswegs den Beifall der Schar-
macherpresse, wenn es in der Rede des Kaisers weiter heißt:
Der gesunde Sinn in der Stadt und Land hat im Wahl-
kampf einer Bewegung Halt geboten, die sich, alles be-
stehende Gute und Lebenskräftige verneinend, gegen
Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Ent-
wicklung richtet. Die großen grundlegenden Gesetze zum
Schutze der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den
Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als
die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet,
selbst aber nichts für sie und für den Kulturfortschritt
geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer
noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf dar-
unter nicht leiden. Jede Gesetzgebung beruht auf dem
Grundsatz der sozialen Verpflichtung gegenüber den
arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der
wechselnden Parteigestaltung. Die verbündeten Regie-
rungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem er-
habenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzu-
setzen.

Was in diesen Sätzen über die Beurteilung der Sozial-
demokratie gesagt ist, das stellt sich, wie wohl die meisten
unfrer Kollegen wissen, im Lichte der Tatsachen wesentlich
anders dar. Daß sie alles Gute und Lebenskräftige ver-
neine, trifft in keiner Weise zu und beruht auf einem weit
verbreiteten und immer wieder aufs neue geflüstert ge-
nährten Irrtum. Die 40jährige Geschichte der sozialdemo-
kratischen Partei bekundet es auf jedem ihrem Blatte
anders. Gerade das Gute und Lebensfähige sucht sie zu
erhalten und das Schlechte und nicht mehr Lebensfähige
unter Hinweis auf die mit Notwendigkeit sich vollziehende
organische Entwicklung zu beseitigen. Was die Arbeiter-
schutzes anbelangt, so hat die Partei wohl gegen ein-
zelne dieser Gesetze gestimmt, aber doch nur deshalb, weil
sie sich als unzulänglich erwiesen in der Form, wie sie ein-
gebracht wurden, d. h. also, weil sie der Partei nicht weit
genug gingen, sonst hat sie bei jedem Gesetze zugestimmt,
das den Arbeitern eine Verbesserung ihrer Lage zu bringen
als geeignet erschien. Wenn diese bessere Kenntnis über
die Sozialdemokratie heute bereits in die Kreise der Ge-
bildeten Eingang gefunden hat, so müssen es wohl trübe,
unlautere Quellen sein, auf die man bei dem Entwurf
der Thronbotschaft angewiesen war. Also in diesem
Sinne können wir gewiß nicht mit diesem Teile der Rede
einverstanden sein. Im Gegenteil. Wir müssen dem-
gegenüber immer wieder auf die geschichtliche Wahrheit
verweisen und hierbei an einen Mann, den ersten Reichs-
kanzler, Fürsten v. Bismarck, erinnern, der, obschon er der
Sozialdemokratie feindlich gesinnt war, aber unter dem
Eindruck der Tatsachen stehend, in einer Sitzung des Reichs-
tags im Jahre 1884 die Worte sprach: „Meine Herren,
menschliche Sozialdemokratie gebe und nicht so viel
Leute, die sich vor ihr fürchten, so würden wir die mächtigen
Schritte in der Sozialreform noch nicht gemacht haben.“
Wir betrachten es aber hier nicht als unsere Aufgabe, bei
der Aufführung der Verdienste der Sozialdemokratie zu
verweilen.

Also in Beziehung auf diese Redewendung fordert die
Thronrede unsern Widerspruch heraus. Wenn aber die
Scharfmacher in ihrer Presse gleichfalls Widerspruch er-
heben, so hat es einen ganz andern Grund. Sie sind nicht
darüber empört, daß über die Bestrebungen der Sozial-
demokratie für die Redigierung der Thronrede nicht be-
sere, lautere Quellen zur Verfügung standen, sondern ihr
Unwille äußert sich darüber, daß, nachdem vom Zentrum
gar keine Rede mehr ist, „die Sozialdemokratie verhältnis-
mäßig gut wegkommt“. Deshalb schreiben sie ja in ihrem
Scharfmacherorgan:

Sie wird vorsichtigerweise überhaupt nicht genannt,
sondern es wird nur von einer Bewegung gesprochen,

die alles Bestehende, Gute und Lebenskräftige verneine
und sich gegen Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen,
friedlichen Entwicklung richte. Also selbst der aus-
gesprochenen Revolutionspartei gegenüber wird die alte
Leisterei fortgesetzt. Nehlich wie zu Hohenlohes
Zeiten, wagt man es nicht einmal, das Kind beim rech-
ten Namen zu nennen. Der anonym behandelten So-
zialdemokratie wird auch nichts weiter zum Vorwurf
gemacht, als daß sie sich den großen grundlegenden Ge-
setzen zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen wider-
setzt und nichts für den Kulturfortschritt geleistet habe.
Das ist alles, was die deutsche Thronrede der Sozial-
demokratie nachzusagen weiß! Will man daraus
Schlüsse auf die künftige Haltung der Regierung, auf
ihre Entschlossenheit ziehen, im neuen Reichstag der
Sozialdemokratie und ihren revolutionären Bestre-
bungen energisch entgegenzutreten, so fallen diese wohllich
trübe genug aus. Wir können nur sagen, es ist ein
Schicksal, das auf Deutschland ruht, daß seine Regierung
sich im rechten Moment nichts getraut und jede günstige
Gelegenheit aus Schwäche und Konfliktischen verpaßt.

Aus der Tatsache, daß die Dreimillionenpartei auch
diesmal einen weiteren Stimmenzuwachs erfahren hat,
zieht die Thronrede nicht den Schluß, daß die Organi-
sation und Agitation der Sozialdemokratie gesetzlich
lahm gelegt werden müsse, sondern lediglich den, daß
der deutsche Arbeiter darunter nicht leiden dürfe. Ja,
was glaubt denn die Regierung, aus welchen Deuten die
drei Millionen bestehen? Das sind doch in der Haupt-
sache die Arbeiter. Der fragliche Satz der Thronrede
besagt mithin nichts andres, als daß die Arbeiter unter
ihrer eigenen Abstinenz nicht zu leiden haben dürften.
Das ist aber eine Auffassung und eine Politik, der
wir nicht zu folgen vermögen. Jeder Mensch, also auch
der deutsche Arbeiter, hat für die Folgen seines Tuns
aufzukommen; ihn davon zu befreien, kann nur zu un-
gesunden und gefährlichen Zuständen führen. Unter
diesem Gesichtspunkt erscheint der Satz, daß die soziale
Verpflichtung den arbeitenden Klassen gegenüber unab-
hängig von der wechselnden Parteigestaltung, also von
der eigenen Wahl der Arbeiter sei, als Ausfluß eines
vertieften, weltfremden Dogmatismus, der bei einer
Regierung nicht anzutreffen sein sollte, sondern höchstens
bei deutschen Professoren.

Aus allen diesen Auslassungen der Scharfmacherpresse,
ganz besonders der Arbeitgeber-Zeitung und Organen
gleicher Art, spricht der Aerger und die Befürchtung, daß,
wie anfangs erwähnt, es am Ende doch nicht so ganz ge-
lingen könnte, den deutschen Arbeitern, die nach den Wor-
ten des Reichskanzlers, Fürsten v. Bülow, die intelligen-
testen der ganzen Welt sind, die man aber als Unmündige
behandeln möchte, das Recht und die Bewegungsfreiheit
zu nehmen, deren sie bedürfen und die sie auch betätigen
müssen, wie die Arbeiter anderer Staaten, wenn Deutsch-
land auch fernerhin seinen Platz in der Reihe der Kultur-
staaten behaupten soll. Schr.

Gruss ins Maintal

nennst sich eine ellenlange Sophisterei in Nr. 10 der
Gewerkschaftsstimme dieses Jahres. Als Verfasser ist ge-
zeichnet „Dallwos“. Es scheint, als wenn letzteres ein
Druckfehler ist und Dalles heißen sollte. Wenn diese
Leutchen für ihre „Organisation“ Propaganda machen,
dann geht es ohne kindische Ausfälle gegen die im Stein-
arbeiterverband Vereinigten gar nicht ab. Redewendungen,
Stil ist immer derselbe. Der Stoff, um die im Main-
gebiet beschäftigten Steinarbeiter für die christliche Organi-
sation einzufangen, muß sehr knapp sein, weil immer
wieder die Kumpfkammer abgesehen wird, um längst ab-
gedroschenes, längst widerlegtes Zeug als neues aufzu-
tischen. Immer wieder wird auf den verlorenen Streik in
dem betreffenden Gebiet verwiesen und daneben die eigne
Strategie gepriesen. Es heißt in dem Geschreibsel:

Ueber allen Wipfeln Ruh, auf dem ganzen Felde die
Schlacht verloren. Eltmann und Umgehend war der
Schauplatz eines Kampfes, der nur eine Frucht wülfte
Heße war und was sind die Erfolge? Not, Elend in
den Familien und was obendrein das traurigste und be-
dauerlichste ist, brave Berufskollegen, tüchtige Familien-
väter sitzen heute nicht mehr im Kreise der Ihrigen,
sondern an einer Stelle, die nicht sie, sondern andre
verdiene hätten.

Der Haß gegen den Steinarbeiterverband und der
Fanatismus für die christliche Streikbrecherorganisation
hat die Brille dieses Feilenreißers wohl anlaufen lassen,
sonst wäre es ihm unmöglich, derartiges niederzuschreiben.
Um im trüben zu fischen, ist eben kein Mittel zu schlecht.
Gerade zum Lachen ist folgende Stelle:

Ihr müßt euch darüber klar sein, daß, wenn ihr
warten müßt, bis es den Genossen ernst wird, an eine
vernünftige Bewegung und eine angemessene
Lohnforderung heranzutreten, dann werdet ihr alt dabei.
Entweder versuchen sie überhaupt nicht
nach einer Verbesserung oder wenn sie
es tun, dann sorgen sie schon von vorn-
herein, daß sie verloren geht.

Ob der gute Mann auch wirklich glaubt, was er dort behauptet, möchten wir bezweifeln. Er scheint über die eigene Bewegung gar nicht unterrichtet zu sein, denn die christlichen Organisationen, dies steht nun einmal fest, sind es, die von vornherein dafür sorgen, daß Bewegungen zur Verbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen keine Resultate zeigen oder ganz minimale Zugeständnisse zeitigen, die ein Schnitzbild auf die bestehenden Verhältnisse. Also immer hübsch bei der Wahrheit bleiben, Anonymus Dalles, pardon „Dalvos“. Der Raum im Steinarbeiter gestattet uns leider nicht, alle die christlichen Erbarmlichkeiten und Verrätereien anzuführen. Doch eins sei ihm gesagt: wenn er auf einem solchen Gaudium die Steinarbeiter des Maingebirgs für den christlichen Transportarbeiterverband zusammenzuziehen will, da wird er nicht weit kommen. Ein solch abgetriebener Klepper, dem man das Vaterunser durch die Rippen liest, kann kein Hindernis nehmen, der taugt nicht zu einem Siegeszug.

Auch der Feldherrnblick, mit dem folgende Sätze niedergeschrieben, beweist wenig Sachkenntnis:

Die christliche Steinarbeiterorganisation hat bereits in einer wichtigen Frage hinsichtlich eines Tarifs den Weg geebnet und damit gezeigt, daß es einen Weg gibt, auf dem auch für die Steinarbeiter sich eine andre Zukunft finden läßt. Sie hat gezeigt, daß sie ernsthaft an die Lösung wirtschaftlicher Fragen herangeht und nicht bloß Stimmenfang für politische Wahlen treibt. (1) Kollegen, man mag über den Tarif und dessen Positionen denken, wie man will, aber das eine muß man anerkennen, er enthält wesentliche Vorteile, er bildet eine Grundlage, auf der ein Weiterbauen möglich, er bricht mit dem alten wilden Lohnsystem, er hat auch den Arbeiter zum gleichberechtigten Faktor im Beruf mit dem Arbeitgeber gemacht. Wo in den 21 Jahren, in denen die Genossen alles versprochen, ist diese Arbeit geleistet worden, wo hat sie ähnliche Erfolge zu verzeichnen?

Dieser christliche Strategie scheint auf einem Hohlweg zu liegen. Denn die letzte Frage ist doch zu naiv, um nicht einen noch stärkeren Ausdruck zu gebrauchen. Bei uns heißt es nicht Tarifverträge um jeden Preis, sondern Verbesserungen, und wo dieses nicht im Tarifvertrag gewährleistet ist, lassen wir die Finger davon. Im Leitartikel derselben Nummer, in dem der Bericht des Vorstandes des christlichen Gesamtverbandes referierend wiedergegeben wird, heißt es, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht „als ein sozialistischer Streikbrechergebilde zu bewerten sei“. Dieses steht lediglich nur auf dem Papier, Beweise, um diesen Satz zu rechtfertigen, sind bisher nicht gegeben, und wer sich die Mühe nimmt, eingehend die Taten dieser Gewerkschaftsrichtung zu sondieren, wird gar bald finden, daß bei „Lösung wirtschaftlicher Fragen“, auf die der Anonymus Dalvos sich so lobend bezieht, die im Leitartikel bestrittene Tatsache doch maßgebend ist. So pendeln die christlichen Strategen hin und her. Logik und Konsequenz sind ihnen böhmische Dörfer, und Erfolg haben sie nur bei denen, die auf ein besseres Jenseits hoffen, oder auch bei denen, die nicht alle werden.

Aus dem Beuchaer Granitgebiet.

Die Reichstagswahlen sind vorüber. Der Sieg des Sottentottenblocks scheint bei manchem Unternehmer scharfmacherisch gewirkt zu haben. Als im Dezember des verflossenen Jahres 16 Steinmehren bei der Firma Günther u. Fiedler angeblich wegen Arbeitsmangels aussetzen mußten, hieß es, daß die Betroffenen beim Wiederbeginn der Arbeit die ersten sein sollten, die bei der Einstellung in Frage kommen. Der Geschäftsgang ist bereits ein flotterer geworden und sind auch einige Steinmehren wieder eingestellt. Doch dem Kollegen Ruckdäschel, welcher zu sprach, wurde der Bescheid, daß er nicht eingestellt werde. Grund: Weil er nicht im Bruch Borkante und Pflastersteine den Winter über geschlagen hatte. Der Kollege war, wie ihm der Bescheid des Aussetzens bekannt wurde, beim Betriebsführer vorstellig geworden und fragte, ob er unbedingt die Arbeit verrichten müsse, oder ob von der Arbeit seine Wiedereinstellung abhängt. Der Betriebsführer, Herr B., antwortete, daß er es ihm nicht verdenke, wenn er andre Beschäftigung habe und diese nun ausübe. Doch später bei der Wiedereinstellung solle er (B.) der erste mit sein. Trotz dieser Zusage ist das Gegenteil eingetreten. — Man sollte nun annehmen, daß die übrigen Steinmehren von Günther u. Fiedler versuchen würden, die Wiedereinstellung des herbeizuführen; aber weit gefehlt. In den Versammlungen glänzen die meisten dieses Werkplatzes durch Abwesenheit. Berufs- und Verbandsangelegenheiten scheinen wieder Nebenache zu werden. Es ist wohl Sehnsucht nach den früheren Zuständen vorhanden? Wo der oder die Unternehmer mit den einzelnen Fangball spielen und jeden, der es mit seiner Organisation ernst nahm, hinausgeschleudert. Die Kollegen sollten auf der Hut sein und nicht Interesslosigkeit, unsern schlimmsten Feind, aufkommen lassen. Der Eifer, der bei Klimbimbereinen an den Tag gelegt wird, wäre einer besseren Sache würdig; letztere ist für uns die Gewerkschaft und ihre Veranstaltungen. Es sind so viele Kollegen vorhanden, die denken, wenn sie allwöchentlich ihren Obolus entrichtet haben, ist damit die Pflicht als Mitglied getan. Daher ist es erklärlich, wenn nunmehr der Tanz losgeht mit derselben Melodie wie früher. Bei Günther u. Fiedler sind in letzter Zeit eine große Anzahl böhmische Steinmehren eingestellt, während hiesige zurückstehen mußten. Das ist so die Folge der Gleichgültigkeit. Es ist ferner der reine Hohn auf den Patriotismus, der bei den letzten Wahlen eine bedeutende Rolle spielte. Hier in Beucha werden sämtliche Steine für das Völkerschlachtdenkmal hergestellt. In patriotischen Aufrufen, durch Lotterien, durch Sammlungen in den Schulen, versucht man Geld für den Bau zu schaffen. Doch die Ausländer stellen die Arbeit her und die hiesigen Steinmehren gucken in den Mond. Man will gewiß damit Patriotismus erzeugen? Darum, Steinarbeiter von Beucha und Umgegend, seid auf der Hut. Die hiesigen Unternehmer scheinen eine besondere Taktik damit zu verfolgen. Veräumt keine Veranstaltung der Zahlstelle. Solidarität ist die erste Bedingung in der Kollegenchaft, nur bei Erfüllung dieser Pflicht können wir der Taktik der Unternehmer: Aushungerung unliebsamer Elemente! entgegenreten. Die reisenden Kollegen mögen

aus diesen paar Zeilen die Konsequenz ziehen und die genannte Firma resp. deren Inhaber mit Arbeitsangeboten nicht belästigen.

A. Schl.

Fasenzieherei ohne Ende!

In Mittelsteine ist das Fasenziehen recht eingemurzelt. Begünstigt wird diese Erscheinung durch die rofigen Verhältnisse und gewisse Einrichtungen der Betriebe. Da wird seitens des Herrn D. ausgeschrieben, wer mit arbeiten will, verdient 40 Mk. Dieses wäre gewiß schön und angenehm, doch müßten dann erst „Polier“ sowie „Busenfreundschaft“ etwas harmloser werden. Daß ein Fremder diesen angepriesenen Lohn verdient, ist ausgeschlossen. Ebenjogut findet eine blinde Taube eine Erbse. Hat ein Fremder mit dem nötigen Rückgrat Schulden, dann heißt es im sittlich-moralischen Ton: „Das sind die Früchte Eurer Organisation!“ Die Ursachen stecken aber ganz wo anders. Auf dem einen Platz geht der Budiker herum und fragt: „Brauchst Du Marken?“ Wenn einem die Gelegenheit so geboten wird, ja die Marken fast aufgedrängt werden, dann hat man keine Ursache, den Entwürfen zu spielen, da ist schon in den meisten Fällen die Folge, daß Kollegen Sonnabends ohne Geld ins Logis kommen, weil der Wochenlohn kaum auf dem Platz langt. Bei einem andern Unternehmer wieder ist das Dilemma noch größer, da wird das Geld im Kontor einfach abgezogen, ob das übrigbleibende noch zu andern Sachen, Logis usw., langt, ist Nebensache; wenn nur der Budiker recht rund wird. Die Schwindjucht, welche beinahe der Hälfte der Kollegen den Stempel aufgedrückt, soll ja nach bestem Ausspruch vom Saufen kommen. Der Kantinenwirt, ein früherer Fleischermeister, bekommt mit seiner Rundung auch eine immer kräftigere Sprache, wobei die Worte nicht besonders abgewogen werden. Es sind Zustände, die von den Kollegen wohl beseitigt werden können, wenn der Wille vorhanden ist und die Kollegen sich der übrigen Aufgaben der Arbeiterorganisation bewußt werden.

Korrespondenzen.

Augsburg. In unserer Monatsversammlung am 3. März hielt uns Arbeitersekretär Walter Augsburg einen Vortrag über: Die kulturelle Bedeutung der Arbeitersekretariate. Zu Eingang seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen meinte derselbe, man sollte über dieses Thema überhaupt nicht sprechen müssen, aber ein großer Teil der Arbeiterschaft habe keine Ahnung von der Tätigkeit und eminenten Bedeutung dieser Institute für die Arbeiterklasse. Redner greift dann zurück auf die Zeit der Gründung des ersten Sekretariats durch Grillenberger in Nürnberg. Als allmählich Wissen und Bildung in der Arbeiterklasse Verbreitung fand, war man sich darüber klar, daß etwas geschaffen werden mußte, wo sich der Arbeiter im Kampfe um sein Recht Rat und Hilfe holen konnte. Zu diesem Zwecke schuf man die Arbeitersekretariate. Weiter schilderte er treffend, wie unwissend und gleichgültig viele Arbeiter in Gesetzbüchern sind und wie sie durch ihre Unwissenheit vor den verschiedenen Behörden eine geradezu kindliche Unbeholfenheit an den Tag legen; wie sie dann dadurch in den meisten Fällen den kürzeren ziehen, auch wenn sie unbeschritten im Rechte sind. Redner geht dann auf unsere Gesetze und ihre Anwendung ein, legt an der Hand zahlreicher treffender Beispiele dar, daß ein großer Teil des Volkes tatsächlich außerhalb des Rechtes steht; wie die Gerichte mit zweierlei Maß messen, namentlich bei Lohnbewegungen, und wie sie in neuerer Zeit auch den Erpressungsparagrafen in Anwendung bringen. Das jedoch werde nicht als Erpressung angesehen, wenn der Arbeitgeber den Arbeiter vor die Alternative stellt: „Entweder gehst Du aus dem Verbands heraus, oder ich entlasse Dich.“ Auch der Klassenhaß und die verschiedene materielle Lage der Menschen bedingen Ungleichheit vor dem Gesetz. Die Richter sind fast ausnahmslos nicht imstande, sich ein Bild vom Leben der Arbeiter zu machen, da sie das Leben nie so recht von der ersten Seite aus kennen gelernt und daher auch kein Verständnis für die Lage der Arbeiter haben. Zieht man diesen Umstand in Betracht, dann wird manches Urteil nicht Verwunderung erregen. Der Arbeiter kann verhindern, mit dem Straf- und Zivilgesetzen in Konflikt zu kommen, aber auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung kann er manches Unangenehme erleben. Sind unsere Gesetze durch ihr wunderbares Juristendeutsch verworren, so sind es die Sozialgesetze in noch viel höherem Grade, so daß es dem Arbeiter unmöglich ist, sich darin zurechtzufinden. Deshalb sind Institute nötig, die dem Arbeiter zur Erlangung seines Rechts behilflich sind. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kommt Redner auch auf die Krankenkassen zu sprechen, wo viel Willkür, aber auch viel Unwissenheit zu finden ist; namentlich sind es gerade auch die Arbeiter, die sich nicht im geringsten um das Krankenversicherungsgesetz kümmern. Dasselbe trifft auch auf die andern Versicherungszweige zu. An der Hand von reichem Tatsachenmaterial schilderte er dann den Kampf um die Unfall- und Invalidenrente, darauf hinweisend, wie der Arbeiter sich in allen Fällen Rat und Hilfe in weitgehendem Maße im Arbeitersekretariat einholen kann. Zum Schluß legt er den antwortenden Kollegen ans Herz, daselbe zu unterstützen und fleißig zu frequentieren. Die Arbeiter brauchen sich ihrer Sekretariate nicht zu schämen. Daß sie für die Arbeiterklasse äußerst segensreich wirken, beweist der Umstand, daß die Christlichen, die Hirsche, die Stadtgemeinden usw. durch Einrichtung eben solcher Institute ihnen den Rang abzulassen bestrebt sind.

Baden-Baden. Am 23. Februar fand im Bratwurfiglücke eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. Mit herzlichen Worten eröffnete der Einberufende die Versammlung und erteilte dem Gauleiter Hugo Braun Straßburg das Wort. Das Referat wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Hierauf erklärte Genosse Nagloff (Kartellvorsitzender) den Kollegen, daß, wenn sie eine Organisation gründen wollten, sie zu jeder Zeit unterstützt würden. Dann wurden den Kollegen die Aufnahmescheine eingehändigt und haben sich sämtlich unterschrieben, was mit Freude begrüßt wurde. Als Vorsitzender wurde Ph. Dettweiler in Lichtenthal bei Baden gewählt. Die nächste Versammlung findet Sonnabend, 9. März, abends 8 Uhr, im Bratwurfiglücke statt.

Braunschw. Am 18. Februar tagte im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung. Zu Punkt 1 wurde die Abrechnung vom 4. Quartal vorgelesen und für richtig befunden. Im Punkt 2, Vorstandswahl, wurden gewählt: als Vorsitzender W. H. Gadel, als Kassierer Heinz Magnus, als Schriftführer Karl Gliemer, als Revisoren A. Winnewies und W. Schmidt. Ueber die Gaukonferenz erstattete Kollege Jürgen Bericht. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen derselben einverstanden. Im Gewerkschaftlichen forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, kräftig mitzuarbeiten an unserer Organisation, und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Mann in unsern Reihen steht. Auch auf das Befen der Arbeiterzeitung wurde hingewiesen; hinaus mit der bürgerlichen Presse aus unsern Wohnungen, muß unsre Parole sein!

Breslau 1. Am 28. Februar fand im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Der Hauptpunkt der Versammlung war die Kenntnismahme des Tarifs seitens der Unternehmer, welcher zur Vorlesung kam. Wie bekannt, ist bereits die Zeit am 1. März abgelaufen und die

Arbeitgeber geruhten am 2. März das erstmal seit dem 2. Januar mit der Kommission in Verhandlung zu treten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, solange weiter zu arbeiten, bis die Verhandlungen entschieden sind. Die Breslauer Kollegen werden sich keinen schlechteren, als den bisher bestehenden Tarif aufräumen lassen. Die Konjunktur ist voraussichtlich gut. Die Unternehmer verlangten Aufschubung zwei unserer besten Kommissionsmitglieder. Wir haben nun, um zum Ziele zu kommen, für die beiden Kollegen andre gewählt. Das Sprichwort sagt: die Klügsten geben nach.

Deutmannsdorf. Am 9. März tagte im Lokale Markt 21 zu Löwenberg unsere Monatsversammlung. Zum 1. Punkt: Lohnbewegung, entspann sich eine lebhaft Debatte über den im Distrikt abgeschlossenen Tarif, da für den hiesigen Ort bedeutend niedrigere Lohnsätze, besonders auf Flächen vereinbart werden sollen. Als Grund geben die Unternehmer den weichen Stein und die Konkurrenz an; es sei schwer, den hiesigen Stein anzubringen gegenüber dem Bartaue oder Radwitzer Stein. Im allgemeinen sollen eben wie anderswo, auch hier 13 Prozent Lohnhöhung bewilligt werden. Hierauf gab Kollege Riedel den Bericht über die Gaukonferenz in Schweidnitz und den Jahresbericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsartells Löwenberg. Da unsere Ortskasse durch die Lohnbewegung sehr in Anspruch genommen worden ist, so wurde beschlossen, die Beiträge um 10 Pfg. auf 70 Pfg. pro Woche, zu erhöhen unter Wegfall aller bisherigen Nebenbeiträge. Es wird bedauert, daß es immer noch Kollegen gibt, die durch übermäßige Wucherei dazu beitragen, die Lohnsätze künstlich zu erhöhen und dadurch ein ganz falsches Bild über die allgemeine wirtschaftliche Lage am hiesigen Orte schaffen. Es ist dies besonders bei Verhandlungen eine Waffe für die Unternehmer, die sehr schädlich für uns wirkt. Möchten doch die Kollegen dies beherzigen und auch an ihre Gesundheit und ihre Familie denken. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Dresden. Am 6. März fand die Jahresversammlung im Volkshaus statt. Der Vertrauensmann berichtet, daß sich die Lage des Arbeitsmarktes etwas gebessert hat, indem im Berichtsjahre nicht soviel arbeitslose Wochen zu verzeichnen waren wie in den Vorjahren, doch haben die von Arbeitslosigkeit Betroffenen immer lange auf Beschäftigung warten müssen. Vorstehendes trifft aber auf die Marmorbranche nicht zu, denn hier war die Konjunktur schlecht und die Kollegen viel arbeitslos. Was die Ausführung städtischer Arbeiten anbelangt, sind die Unternehmer durch Vertrag angehalten, dieselben am Orte auszuführen; der Unternehmer Schulze suchte jedoch diesen Vertrag zu umgehen und ließ Rathausarbeiten im Bruche (natürlich billiger) fertigstellen; durch Vorstelligwerden des Vertrauensmanns bei der Bauleitung wurde bewirkt, daß der Firma mitgeteilt wurde, sobald Arbeiten aus den Brichen angeliefert würden, dieselben nicht abgenommen werden. Im weiteren gibt der Vertrauensmann bekannt, daß er die Gewerbeinspektion auf einige Unternehmer wegen Nichteinhaltung der Bundesratsverordnung aufmerksam gemacht hat, doch sind die Strafen so niedrig ausgefallen, daß sich der Unternehmer deshalb nicht an die Einhaltung gewöhnen wird; unter andern führte er auch die Notwendigkeit von Arbeiterkontrollen an, denn auf einem Werkplatz ist es vorgekommen, daß der kontrollierende Beamte einen Kollegen, welcher wirklich nasses Material bearbeitete, fragte, warum er seinen Stein nicht naß mache, während er einen nebenan trockenes Material bearbeitenden nichts sagte. Im Anschluß hieran gab Kollege Seidel den Kassenbericht; hier ist einschließlich des Kassenbestands von 1905 eine Einnahme von 48 853.46 Mk. zu verzeichnen, welcher eine Ausgabe von 14 244.64 Mk. gegenübersteht, mithin verbleibt ein Kassenbestand von 34 608.82 Mk. am 1. Januar 1907. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wird auf Antrag dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Kartellbericht geben die Kollegen Kienide und Seidel, selbiger wird im Druck erscheinen, und werden beide Vertreter wieder in das Gewerkschaftskartell entsandt. Darauf werden die Kollegen Stiglich, Beyer, Elfer, Fückel, Jini, Schumann, Haase und Lachmann in die Ortsverwaltung gewählt; die Gauleitung soll aus der Mitte der Verwaltung bestimmt werden. Kollege Seidel berichtet über den Stand der Tarifverhandlung und hebt dabei hervor, daß immer noch mit einem Kampf zu rechnen ist; Stiglich erläutert noch einiges. Betreffs der Regelung der Beiträge wird beschlossen, es bei der jetzigen Beitragshöhe bis zum 15. Mai zu belassen. Eine längere Debatte rief die Einstellungsfrage bei der Firma Goldb. hervor; dort erhielten zwei Kollegen zu Weihnachten Feierabend, Kollege Seidel und Kollege Lachmann nahmen Rücksprache mit Herrn Goldb. und wurde ihnen dort erklärt, daß beide wieder Arbeit erhalten sollten, sobald es zugänglich sei; obwohl nun von der Firma mehrere Kollegen eingestellt wurden, ist die getroffene Vereinbarung nicht berücksichtigt worden. Die dort beschäftigten Kollegen werden dazu Stellung nehmen.

Ebenstetten. In Anwesenheit unseres Gauleiters Mittenmeier tagte am 4. März eine Versammlung, die sehr gut besucht war. Der Gauleiter referierte über die Lage der Granitarbeiter im Bahrischen Wald. Mit vortrefflichen, kräftigen Strichen zeichnete er die Misere unseres Berufs und führte den Kollegen vor, wie notwendig es sei, sich der Organisation anzuschließen, aber auch Mitglieder zu bleiben. Wenn die Lage sich verbessern sollte, dürfe es keine momentane Begeisterung sein, sondern nur Stetigkeit und Ausdauer führe zum Ziele. Die zweistündigen Ausführungen, oft durch Beifall unterbrochen, bewirkten die Aufnahme einiger Kollegen. Kollege Kraus erstattete Bericht von der Konferenz in Plattling. Er erledigte sich seiner Aufgabe in verständiger Weise. Er wies auf die erbärmlichen Löhne hin, über welche dort von allen Delegierten berichtet wurde. Lange freilich haben wir uns um nichts gekümmert zum Vorteil für die Unternehmer, und nun liege es an den Arbeitern selbst, Abhilfe zu schaffen, indem mit aller Energie, mit allem Ernst, an den Ausbau und der Befestigung des Verbands gearbeitet werde. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt, war Schluß der Versammlung.

Eisenach. Am 4. März fand in der Urania eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt, in der auch Gauleiter Wagner anwesend war. Den Hauptpunkt für die Versammlung bildete der Stand der Lohnbewegung am Orte. Die Firmen K r a p f und D r e w e s bewilligten die Forderungen, welche noch im Laufe der Woche unterschrieben wurden. Es wurden durchschneitlich 5 Pfg. Stundenlohnhöhung und 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung erreicht, so daß bei den Steinmehren 9 Stunden und bei den Schleifern 10 Stunden gearbeitet wird. Die Firma Dretwes einigte sich mit den Steinmehren und Schleifern über den vorgelegten Akkordtarif, welcher in verschiedenen Positionen einige annehmbare Preisaufschläge brachte. Ueber das Benehmen des Herrn Conradus entspann sich eine lebhaft Debatte, welche das Resultat zeitigte, am Dienstag früh die Kündigung einzureichen. Herr Conradus steht auf dem prozigen Standpunkt, sich nicht auf Verhandlungen über den Tarif einzulassen. Am Tage, wo er den Tarif zugeschiedt erhielt, rief er die Kommission ins Kontor und bedeutete ihr, daß er 3 Pfg. Stundenlohn und 5 Pfg. pro laufenden Meter Glied zulegen wolle, sonst sich aber auf keine Verhandlungen über den Tarif einlasse; fortwährend führte er die Konkurrenz vom Fichtelgebirge und Obenwalde an, obwohl die Kommission ihm erklärte, daß dort bessere Löhne bezahlt werden als bei ihm. Den Steinarbeitern kann es gleich sein, wie Herr Conradus mit seiner Konkurrenz fertig wird, aber Tatsache ist, daß er die niedrigsten Löhne in ganz Deutschland mit bezahlt. An den Kollegen auf dem Platze Conradus liegt es nun, dem Herrn zu zeigen, daß die goldenen Zeiten der Alleinherrschaft in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorüber sind. Wollen wir hoffen, daß die

Kollegen einmütig und fest entschlossen den letzten Schritt tun, da es doch gilt, die Lebens- und Existenzbedingungen für sich und ihre Familien zu verbessern. Nur an der Einigkeit wird der Trost des Herrn Conradus scheitern.

Göttingen. Am 5. d. M. fand hier eine Steinarbeiter-
versammlung statt. Kollege Klinge erstattete den Gausbericht
von der Gauskonferenz zu Hannover. Die Versammlung war
mit dem Verhalten des Delegierten zufrieden. Sodann wurde
die Anschaffung eines Kopierbuchs, was auch auf der Gaus-
konferenz empfohlen worden war, beschlossen. (Anmerk. d.
Schriftf. Auch der letzte Bericht, worin die Kollegen, die die
Versammlungen nicht besuchen, etwas kräftig an ihre Pflicht ge-
mahnt wurden, gab Anlaß zu der Anschaffung desselben. Es
kam dabei zwischen Kollegen und Schriftführer zu Meinungs-
verschiedenheiten. Eins muß natürlich richtig gestellt werden,
daß nicht allein die städtischen Kollegen, sondern auch die aus-
wärtigen Kollegen nicht anwesend waren.) Ferner wurde be-
schlossen, einen Stempel anzuschaffen und jeden Versammlungs-
besuch im Mitgliedsbuch abzuzeichnen. Sodann wurde ein An-
trag: Uebertritt in die erste Beitragsklasse, zu der nächsten
Versammlung zurückgestellt. Zu dieser Versammlung soll eine
rege Agitation betrieben werden. Die rickständige Gaussteuer
wird aus der Lokalkasse gedeckt, weil ziemlich 30 Kollegen jetzt
zur Zahlstelle Brande gehören.

Hamburg II. Am 26. Februar tagte im Gewerkschaftshause
eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende er-
stattete Bericht von der Gauskonferenz, welcher von den Mit-
gliedern mit Interesse aufgenommen wurde. Man erklärte sich
mit den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden. Kollege
Jansson hebt im Kartellbericht hervor, daß die Mitgliederzahl der ange-
schlossenen Gewerkschaften im Jahre 1905 41 909, 1906 64 110
betragen habe und jetzt bis auf 78 728 gestiegen sei. Der An-
schlag der Wilhelmshäger Gewerkschaften an das Hamburger
Gewerkschaftskartell wurde einstimmig beschlossen. Weiter wurde
auf die in nächster Zeit stattfindenden Gewerbegerichtswahlen
aufmerksam gemacht, wegen Eintragung in die Wählerlisten.
Ferner wurden noch die Grenzstreitigkeiten erwähnt und auf die
Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, welche in Berlin stattge-
funden hat, hingewiesen, wonach jeder, der sechs Wochen in einer
Branche in Arbeit ist, unbedingt der Organisation dieser Branche
anzugehören hat. Ein Antrag der Steinarbeiter Hamburgs, daß
anlaß der Listenammlung bei Streiks vom Kartell Marken ver-
ausgibt werden sollen, wurde nach lebhafter Debatte mit 102
gegen 85 Stimmen abgelehnt. Weiter wurde noch erwähnt, daß
Grund- und Baukosten des Gewerkschaftshauses 1 1/2 Million Mk.
betrügen und daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, unser neues
Heim nach Kräften zu unterstützen. Die Angelegenheit der Firma
Schmidt wurde von den Kollegen scharf kritisiert; von einer
Sperrung des Platzes wurde vorläufig noch Abstand genommen
und der Vorstand beauftragt, sich mit Herrn Schmidt wegen
dessen Benehmens in Verbindung zu setzen.

Hannoverbach i. Odenwald. Am 3. März fand hier eine Mit-
gliederversammlung statt, zu der die Kollegen fast vollständig er-
schienen waren. Es sollte beraten werden über einen neuen
Tarif, mangelhafte Beitragsleistung einzelner Kollegen, ein
neuer Vorstand sollte gewählt werden; ferner einige interne
Sachen ihre Erledigung finden. Der ausgearbeitete Tarif wurde
von den Kollegen gutgeheißen. Die Beitragsleistung einzelner
wurde einer Kritik unterzogen. Die Beitragszahlung ist nun ein-
mal die wichtigste Sache, es ist aber notwendig, wenn mit Hilfe
der Organisation Verbesserungen geschaffen werden sollen. Den
betreffenden Kollegen wurde noch 14 Tage Stundung gebührt;
erfolgt bis dahin keine Regelung, dann tritt § 3 Absatz 5 a des
Statuts in Kraft. In den örtlichen Vorstand wurde Ad. Krämer
als Vorsitzender, zum Stellvertreter Ad. Bauer, N. Dorjam IV
als Kassierer und zum Schriftführer N. Lannert gewählt. Zum
Steinarbeitervertreter wurde Ad. Fabian IV bestimmt und zu
Revisoren G. Schäfer und N. Hüßner. Es wurde angeregt, in
der Umgebung zu versuchen, die Kollegen dem Verbands zu zu-
zuführen. Einige Anwesende erhielten den Auftrag und waren
auch bereit, die nötigen Schritte einzuleiten. Der Vorsitzende
beendete die Verhandlungen und ersuchte, daß jeder Einzelne für
die Ausbreitung des Verbandes tätig sein solle. Die nächste Ver-
sammlung findet Mitte März statt.

St. Johann. Wir befinden uns hier in dem Königreiche
Stumm, und wer es noch nicht kennt von den zureisenden Kol-
legen, dem wird es auf leicht begreifliche Weise vordemonstriert,
daß das Granit- und Schenitwerk Burgers im Gebiet des ver-
storbenen Scharfmachers liegt. Von dem „Meinherrschers“ sind
ja viele Methoden übertragen. Auch Burgers Betrieb scheint
einige Gewohnheiten von dort übernommen zu haben. Die
hiesigen Kollegen verlangten die Aushängung der Bundesrats-
verordnung und eine bessere Durchführung derselben, weil der
Schutt nicht genügend weggeräumt wird. Frühstücksbude? gibt
es nicht, die Kleider hängen in dem staubigen Arbeitsraum, der
nebenbei noch als Lagerraum für Kohlen dient usw. Auch die
Behandlung läßt zu wünschen übrig. Ein neuer Kolier namens
Schmuder aus Wunfiedel ist hervorragend tätig, die Kollegen zu
immer größerer Arbeitsleistung anzuspornen. Die Verordnung
hängt nun freilich aus, wie Herr Burder uns überzeugte. In der
Sägerei in einer dunklen Ecke, wohin kein Lichtstrahl dringt,
hängt ein „graues“ Exemplar. Die Buchstaben sind teilweise
nicht zu entziffern, und einen Giraffenhals muß man mitbrin-
gen, denn es hängt ziemlich hoch. Herr Burger meint nach be-
kanntem Muster, wenn es nicht paßt, kann gehen, Ihr könnt alle
gehen, denn ich brauche keinen von Euch. Vorschriften lasse ich
mir überhaupt nicht machen, hier bin ich Herr! Infolge
dieser Behandlung haben familiäre Kol-
legen die Kündigung eingereicht. Wir ersuchen nun
alle G r a n i t- und Schenitsteinmehrer, den Zu-
zug fernzuhalten und Herrn Burger mit Arbeitsange-
boten nicht zu belästigen. In der Arbeitsbude, wo Knapp
für 6 Mann Platz ist, sind 10 zusammengedrängt. Auch auf das
Verprechen auf sogenannte Winterarbeit ist nichts zu geben.
Wir hoffen, daß unsere Kollegen uns moralisch unterstützen und
dadurch der Betriebsinhaber Burger lernt, uns zu behandeln, zu
entlohnen und den Betrieb einrichtet, wie wir es als Arbeiter
verlangen können.

Speier. Nachdem die Unterhandlungen am Dienstag und
Mittwoch resultatlos verliefen, legten am Mittwoch die Kollegen
die Arbeit nieder im Beisein des Gausleiters Kraft. Am Donner-
stag konnte man sehen, wie helfend sich die Meister unter die Arme
greifen. Meister Lend mit seinem Arbeitswilligen Philipp
Blüm und einem Lehrlingen verließen das eigene Geschäft und
leisteten dem Meister G. Müller Hilfe. Beide hatten früher schon
einmal ein Geschäft zusammen, das jedoch später sich auflöste
wegen entstandener Zwistigkeiten. Jetzt liegen sie einander wie-
der in den Armen, und es schliß nur noch der Dritte im Bunde,
nämlich Herr Lauer; vielleicht erbarmt er sich auch noch und
wird in seinen alten Tagen den Knippler schwingen und Müller
Hilfe leisten. Der Grund der Arbeitsniederlegung ist die Nicht-
anerkennung des alten Tagelohns mit einem Minimallohn
von 60 Pfg. pro Stunde. Den Tarif auf ein weiteres Jahr an-
erkannt haben Korn, Schimpf u. Strobel, nicht anerkannt G.
Müller, J. Bend und G. Lauer. Den ersten beiden wäre zu
empfehlen, sich ihrer Vergangenheit zu erinnern, denn es ist ja
noch gar nicht lange her, wie sie noch zu den unzufriedensten der
hiesigen Steinarbeiter zählten, und schon in den 90 er Jahren
auf Tagelohn drängten; doch jetzt wollen diese ihren früheren
Nebenkollegen den Afford aufzwingen. Wir ersuchen deshalb die
Kollegen, den Zugang nach Speier fernzuhalten.

Strehlen. Am 3. März fand bei Herden eine gut besuchte
Steinarbeiterversammlung statt. Sie beschloß, den Beitrag zur
örtlichen Krankenkasse, welche sich bis dahin sehr gut bewährt hat,

diesen Winter aber sehr in Anspruch genommen wurde, vom
1. April bis 1. Oktober wöchentlich um 5 Pfg. zu erhöhen. Zum
2. Punkt wurde nach längerer Debatte der bisher über zwei
Besatz verhängte Boykott auf Vorschlag des Vorsitzenden nur
über den Luisenhof verhängt, da in beiden Lokalen auch zu
gleicher Zeit Tanzmusik stattfindet. Alle Genossen, Gewerkschaft-
ler und sonst alle Arbeiter werden ersucht, das Lokal von Karl
Heide so lange zu meiden, bis er uns die Erklärung gibt, uns
sein Lokal zur Verfügung zu stellen.

Unsen. Am 3. März tagte im Gewerkschaftshause zu
Hamel eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle. Im 1.
Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Weder Bericht von
der Gauskonferenz in Hannover. Die dort gefaßten Beschlüsse
wurden von der Versammlung für gut befunden. Es wurde
dann das Verhalten einiger Kollegen gerügt, die jetzt schon
wieder nach dem Menfingischen Betriebe gehen wollen, wo wir
erst im vergangenen Sommer einen Tarif erkämpft haben.
(Menfing hat nämlich nicht unterschrieben.) Es kam dann
ferner zur Sprache, daß es immer noch Kollegen gibt, die es
sehr gut verstehen, sich durch Briefschreiberei Arbeit zu ver-
schaffen, was doch eigentlich bei organisierten Kollegen nicht
passieren sollte, es sind dadurch die Kollegen geschädigt, die auf
der Reife sind. Auch wurde über die Ausführung der Bundes-
ratsverordnung Klage geführt und beantragt, dem Gausleiter
darüber zu berichten, damit selbiger die nötigen Schritte ein-
leitet. Um die Organisation fester zu bauen, wurde beschlossen,
alle 4 Wochen gemeinschaftliches Bubenrecht abzuhalten und zwar
der ganze Sünfel. Es wurde dann noch der Wunsch geäußert,
statt der bürgerlichen Blätter die Parteipresse mehr einzuführen,
denn dadurch lernt der Mensch erkennen, was Organisation be-
deutet. Nach einem Hoch auf den Steinarbeiterverband, schloß
der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung.

Rundschau.

Sohburger Quarz-Forphyrwerke, Akt.-Ges. in Rödnitz
(Bezirk Leipzig). Die diesjährige Generalversammlung
der Gesellschaft fand am 7. März statt. Der Ueberschuß
aus dem ganzen Betriebe beträgt 450 302 Mk. Nach Ab-
zug der allgemeinen Geschäfts- und Verwaltungskosten
mit 164 035 Mk., sowie der Abschreibungen in Höhe von
68 938 Mk. (67 652 Mk.) verbleibt ein Reingewinn von
217 328 Mk. (205 316 Mk.), der folgende Verwendung
findet: Reiserfonds 10 866 Mk., 7 1/2 (6 1/2) Prozent Divi-
dende von 1 900 000 Mk. Aktienkapital, 142 000 Mk., Tan-
tieme dem Aufsichtsrat 8300 Mk., zur Gewährung eines
Gewinnanteils an den Vorstand, von Gratifikationen an
die Beamten und zur Bildung eines Pensionsfonds
20 751 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 34 909 Mk. In
der Bilanz erscheinen Warenkonto mit 88 948 (135 363)
Mk., Debitoren mit 266 647 (280 536) Mk., Bankguth-
aben mit 333 936 (188 672) Mk. In dem Bericht der
Direktion wird ausgeführt: Die im Jahre 1906 all-
gemein günstige Geschäftslage war auch
für die Pflastersteinindustrie zufrieden-
stellend. Die Verkaufspreise zeigten nur bei Pflaster-
steinen eine nennenswerte Aufwärtsbewegung, während
beim sogenannten Rohmaterial eine solche nur äußerst
selten festgestellt werden konnte. Die Jahresproduktion
wurde auf 200 312 Tonnen erhöht und der Versand stieg
auf 214 226 Tonnen. Die Aussichten für das begonnene
Geschäftsjahr sind nicht ungünstig, ein großer Teil der
Jahresproduktion ist bereits verkauft.
(Deutscher Steinbildhauer.)

Ob auch bei der Verteilung des Gewinns der Stein-
arbeiter künstlich gedacht wird? Für diesmal sind die-
jenigen, die die Profite schafften, übergangen. Nächstes
Jahr wird es sicher nachgeholt werden.

Ein neuer Unternehmerverband für das Steinsetzgewerbe
ist gegründet worden. In Zwickau haben sich die Stein-
setzmeister aus Altenburg, Greiz, Göbnitz, Plauen,
Zwickau, Plautitz, Crimmitschau, Werdau, Meerane,
Glauchau, Reichenbach, Falkenstein, Auerbach, Hohenstein-
Ernstthal zusammengeschlossen und einen Verband für die
Amtshauptmannschaften bzw. Bezirke Plauen, Delsnitz,
Auerbach, Zwickau, Schwarzenberg, Crimmitschau, Meer-
rane, Glauchau, Werdau, Hohenstein-Ernstthal, Altenburg,
Weida, Greiz, Gera, Ronneburg usw. gegründet mit der
ausgesprochenen Absicht, den Lohnforderungen der Arbeiter
entgegentreten. Besonders die im Frühjahr zu erwar-
tende Bewegung der Steinsitzer in den Kreisauptmann-
schaften Zwickau und Chemnitz hat es den Herren angetan
und den Zusammenschluß gefordert. Die anwesenden
Unternehmer verpflichteten sich, die Aufstellung eines Lohn-
tarifs jedem einzelnen Bezirk oder jeder Stadt zu über-
lassen, den neuen Lohnstarif der Gehilfen aber nicht zu
bewilligen. Es wurde beschlossen, daß kein Meister des
Verbandes für die Stunde mehr als 40 bis 60 Pfg. be-
zahle. Außerdem sollen von Streik betroffene Firmen
vom Verbands unterstützt werden. — Die Steinsitzer haben
also einen Gegner mehr, und werden schon darauf achten,
daß die Bäume dieses Verbandes nicht in den Himmel
wachsen.

Die Gewerkschaften im neuen Reichstag. Der Ausfall
der Reichstagswahlen hat nicht bloß die Stärke der ver-
schiedenen Fraktionen stark verschoben, sondern auch die
Gruppen der Gewerkschaftler, die als Abgeordnete gewählt
wurden. Im früheren Reichstage zählte die Sozialdemo-
kratie 19, die freisinnige Volkspartei 1 (Goldschmidt) und
die Zentrumspartei ebenfalls einen Gewerkschaftsführer
(Giesberts) zu ihrer Fraktion.

Im neuen Reichstag gehören der sozialdemokratischen
Fraktion 12 Gewerkschaftler an. Es sind dies die Abge-
ordneten: Bömelburg, Brey, Geyer, Hildenbrandt, Hoch,
Horn, Gué, Legien, Mosk, Sacke, K. Schmidt und Sever-
ring.

Von den drei freisinnigen Kandidaten, die die Sirsch-
Dunderschen Gewerksvereine als „Gewerksvereiner“ bezeich-
neten, ist kein einziger gewählt worden; im Gegenteil hat
der einzige Gewerksvereiner im alten Reichstag sein Man-
dat eingebüßt.

Dagegen sind von den christlichen Gewerkschaften sieben
ihrer Führer in den Reichstag eingezogen. Es sind dies
die Abgeordneten Beder, Behrens, Giesberts, Hammecher,
Schiffer, Wiedeberg und Schirmer. Der Vorsitzende der
deutsch-nationalen Handlungsgehilfen, der Antijemite
Schad, gehört ebenfalls dem Reichstage an. Dazu haben
die Zentrumsgewerkschaften eine wertvolle Stütze in dem
neugewählten Abgeordneten Dr. Pieper gewonnen, einem
energischen Förderer ihrer Sache. Von den genannten acht
„christlich-nationalen“ Gewerkschaftsabgeordneten gehören
sechs der Zentrumspartei und zwei, nämlich Behrens und
Schad, der wirtschaftlichen Vereinigung an.

Endlich hat auch die katholische Nachabteilungsverei-
gung einen ihrer Vertreter in den Reichstag bekommen:
den katholischen Generalsekretär Dr. Fleischer. Danach
sind im neuen Reichstag nahezu alle gewerkschaftlichen
Gegensätze vertreten (bis auf das Harmoniedogma der
Gewerksvereiner), und es wird daher wohl an Kämpfen
auf der parlamentarischen Tribüne nicht fehlen. Die Be-
ratung des Antigewerkschaftsgesetzes wird die gewerkschaft-
lichen Grundzüge der christlichen und katholischen Gewerk-
schaftsabgeordneten auf eine ernste Probe stellen.

Rückichtslosigkeit gegen Leben und Gesundheit. Am
5. März beschäftigte sich das Reichsgericht unter andern
mit folgenden Revisionen, die von Leuten eingelegt waren,
deren mangelhafte Beobachtung der Vorschriften den Tod
zweier Steinbrucharbeiter zur Folge hatte. Der erste
Fall betraf den Steinbrucharbeiter Max Richard Lungwitz
in Waldheim, den das Landgericht Chemnitz wegen fahr-
lässiger Tötung am 15. Oktober 1906 zu Gefängnisstrafe
verurteilt hatte. Am 13. Juni v. J. wurde in seinem
Steinbruche ein Sprengloch gebohrt. Während und in-
folge des Schlagens mit dem Meißel in das Bohrloch
fielen fortwährend überhängende Steine und anderer Ab-
raum von oben herab. Zwei Arbeiter zogen sich rechtzeitig
zurück, aber ein dritter wurde von dem herabstürzenden
Abraum verschüttet und von den Steinen erschlagen. Hätte
der Angeklagte den Abraum 1 1/2 Meter zurückgeworfen und
die Böschung schräger machen lassen, so würde der Unfall
wahrscheinlich vermieden worden sein. Auch darin hat er
fahrlässig gehandelt, daß er keine geeignete Person zur
Leitung des Steinbruchs angestellt hatte. — Wegen des
gleichen Vergehens sind am 27. August v. J. vom Land-
gericht Dresden der Baugeschäftsinhaber Wolf Sprössing
in Lommaßsch und der Steinbrucharbeiter Anton Karl
Gummitsch zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt wor-
den. G. leidet seit Jahren den von Sp. gepackten Stein-
bruch. Am 26. Januar 1906 hatte der Steinbrecher B.
ein von ihm gebohrtes Sprengloch mit Wasser ausgespült.
Dabei stand er auf einem Bretter 1 1/2 Meter über der
Steinbruchsohle. Unter dessen stürzten von oben 10 Meter
Steine herab, zertrümmerten das Gerüst und erschlugen
B. — Sprössing hatte entgegen den Vorschriften den Abbau
von unten nach oben vornehmen lassen, Gummitsch war
früher bereits einmal in ähnlicher Weise verunglückt. —
Die Revisionen wurden vom Reichsgericht verworfen.
Im Verhältnis zu den Strafen, die so oft gegen streikende
Arbeiter verhängt werden, sind diese noch sehr minimal.
Viel härtere Strafen müssen diejenigen treffen, die die
Vorschriften nicht beachten, die fortwährend Leben und
Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel setzen.

Vom Wohnungselend in der Großstadt. In Königsberg
besteht eine Fürsorgestelle für Lungenkranke und Tuber-
kulöse, die die Aufgabe hat, sich der Lungenkranken an-
zunehmen. Sie erhält Zuwendungen von den Kranken-
kassen, von der Kommune und von der Landesversicherung.
Jetzt gibt sie eine Statistik heraus, die geeignet ist, Auf-
sehen zu erregen, denn sie erbringt den schlagendsten Be-
weis für das furchtbare Wohnungselend in der Groß-
stadt. So wurden in Wohnungen mit einem Schlafraum
gefunden: ein Kranker mit 5 Gefunden 41mal, ein Kran-
ker mit 6 Gefunden 16mal, ein Kranker mit 7 Gefunden
6mal, ein Kranker mit 9 Gefunden 1mal, zwei Kranke mit
4 Gefunden 7mal, zwei Kranke mit 5 Gefunden 3mal,
zwei Kranke mit 9 Gefunden 1mal, drei Kranke ohne Ge-
funde 1mal, drei Kranke mit 2 Gefunden 2mal und fünf
Kranke mit vier Gefunden einmal!

Der Verband der Holzarbeiter führt augenblicklich einen
harten Kampf mit den Berliner Scharfmachern der Holz-
industrie. Er dauert bereits acht Wochen, und das ersehnte
Zu-Kreuzer-Krieche der Holzarbeiter will immer noch nicht
eintreten zum großen Leidwesen der Nahardt und Ge-
nossen. Letztere werden schließlich dastehen wie der be-
kannte Lohgerber.

Im Hamburger Hafen scheinen die Scharfmacher von der
Wasserfante es ebenfalls auf eine Nachprobe abgesehen
zu haben. Zuhend auf dem den Schauerleuten aufge-
zwungenen Lohn- und Arbeitstarif verlangen die „Herren
vom Hamburger Hafen“, daß die Arbeiter, falls dies ver-
langt wird, 36 Stunden hintereinander arbeiten sollen,
da eine andre Arbeitsmethode, wie Schichtwechsel usw.,
nicht durchführbar sei. Die Schauerleute zeigten zwar
Entgegenkommen, indem sie sich binnen 24 Stunden zu
einer Arbeitsleistung von einem ganzen Tage und einer
halben Nacht bereit erklärten. Eine sechsstündige tägliche
Ruhezeit ist in den Augen der Arbeitgeber viel zu lang,
die Arbeiter müssen, wenn dies gefordert wird, bis zum
physischen Zusammenbruch arbeiten. Das Gewerbegericht
hat ihnen ja recht gegeben, daß eine 36stündige ununter-
brochene Arbeitszeit an der Wasserfante nicht gegen die
guten Sitten verstoße! Als die Arbeiter sich trotzdem er-
laubten, an ihren Beschlüssen festzuhalten und sich ein
Mitbestimmungsrecht hinsichtlich des Verschleißes ihrer
Arbeitskraft anmaßen, verfügten die Reeder und Stauer
bald, daß bis auf weiteres überhaupt keine Nacharbeit
geleistet werden solle. Der Zweck dieses der Ausbeuter-
natur der Reeder usw. widerstrebenden Beschlusses war
jeht durchsichtig: die Arbeiter sollten wenig verdienen und
dadurch müde gemacht werden. In der diesbezüglichen
Sitzung der Arbeitgeber sollen von hochmögenden Herren
Anträge gestellt worden sein auf sofortige Aussperrung
der Schauerleute auf vier Wochen, „um am 1. Mai nicht
aussperrten zu müssen“. Dagegen wandten sich die klei-
neren Reedereien, worauf die „Verkürzung“ der Arbeits-
zeit erfolgte. Dieser Beschluß bedeutete also die Ruhe vor
dem Sturm. Diese „Ruhe“ haben die Scharfmacher gut
ausgenutzt, indem sie ihre Werbeagenten hauptsächlich
nach dem Streiberecher-Exportland Großbritannien schick-
ten, um dort Stabs anzuwerben. In Deutschland unter-
nehmen die Reeder nicht mehr den Versuch, williges Men-
schenmaterial aufzutreiben, weil es, wenn sie solches auch
finden, zu der schweren Hafnarbeit völlig ungeeignet ist.
Am Mittwoch abend trafen 40 Galtzier ein, die sofort in
polizeiliche Obhut genommen und widerrechtlich im Frei-
hafengebiet einquartiert wurden. In England sind 2000
Mann angeworben worden, ein Teil ist bereits im Ham-
burger Hafen eingetroffen. Die Amerika-Linie hat ver-
fügt, daß diese Arbeitswilligen auf den von ihr vom Staat
gemieteten Schuppen 73, 74 und 76 einlogiert und ver-
pflegt werden, und der Inspektor von dieser Linie hat bei
der Polizei um Schutz für diese Freihafenware ersucht,

Don die Polizeiden Herren von der Wasser-
laute nie versagt. Die Engländer, welche nun be-
reits zum zweitenmal sich zu Senkersdiensten bereit finden,
scheinen ein aus allen Kennen und Herbergen zusammen-
geklüftes Gefindel zu sein, denen jedes Solidaritätsgefühl
abhanden gekommen ist. Die Scharfmacher lassen es sich
ein gutes Stück Geld kosten. — Soweit die Nachrichten
beim Redaktionschluss vorliegen, sollen zirka 5000 Schauer-
leute ausgesperrt sein.

Personalien. Wie wir dem Vorwärts entnehmen, ist
Genosse Valär, der Redakteur des von der General-
kommission der Gewerkschaften Deutschlands heraus-
gegebenen L'Operaio Italiano, vom Bundesvorstand des
Schweizerischen Arbeiterbundes in seiner am Sonntag ab-
gehaltenen Sitzung als italienischer Adjunkt des Schweizeri-
schen Arbeitersekretariats gewählt worden. Die Wahl
ist sehr zu begrüßen, weil damit endlich dem Bedürfnis
nach einer tüchtigen und zuverlässigen Arbeitskraft für
die schweizerische Arbeiterschaft Rechnung getragen ist.
Die christlichen Gewerkschaftszersplitterer hatten die Wahl
ihres Zersplitterungsagitors Dr. Boumberger verlangt,
der aber nun gar nicht in Betracht gekommen war. Valär
dürfte einer Anzahl Steinarbeiter bekannt sein, da er auf
unsern drei letzten Generalversammlungen als Gast an-
wesend war.

Die Fabrikwohnung als Fessel für den Arbeiter.
Schon oft ist auf das geradezu gefährliche Unternehmen
hingewiesen worden, welches sich uns in dem Fabrik-
wohnungsweisen präsentiert. Diese Arbeiter sind noch
schlimmer daran als Sklaven. Dieses System streckt nicht
nur die Hand nach dem betreffenden Arbeiter, sondern über
ihn hinaus nach der ganzen Familie. Schon mehrfach
haben wir an dieser Stelle diese Unkultur gefennzeichnet.
Ein solcher Arbeiter ist seinem Fabrikpasha auf Gnade
und Ungnade überliefert. Kann ein Arbeiter daran den-
ken, in einem solchen Betriebe Lohnforderungen zu stellen?
Kann er von seinem Koalitionsrecht Gebrauch machen und
die Konsequenzen daraus ziehen? Kann er sich an einem
Streik beteiligen? Nein! und nochmals nein! Unbarm-
herzig wird der Arbeiter auf die Straße geworfen, der sich
erlauben würde, von den ihm gesetzlich zustehenden Rechten
Gebrauch zu machen. Aber nicht er allein, sondern
auch die Familie wird dem Elend überantwortet.

Aber hiermit begnügt sich der Kapitalismus noch nicht.
Seine Macht geht noch weiter. Alles sucht er in den Dienst
seines Herrscherreichs zu bringen. Schon längst hat man
sich nicht scheut, den Sohn, die Tochter des in den Fabrik-
wohnungen wohnenden Arbeiters für sich zu reklamieren;
aber jetzt geht man auch so weit, andre Arbeiter, welche
bei einer dieser Familien als Schlafgänger oder dergleichen
wohnen, für den betreffenden Betrieb zu verlangen. Eine
Illustration für diese Sklavengelüste bietet nachstehender
Bericht:

Die Zutefabrik in Ostritz mußte Wohnungen bauen,
da in Ostritz seinerzeit nicht so viele Wohnungen zu haben
waren, wie sie für ihre Arbeiter brauchte, und zweitens
die Hausbesitzer auch keine Lust hatten, die importierten
fremdsprachigen Arbeiter aufzunehmen, welche man vor
ungefähr zehn Jahren dorthin gelockt hatte. Infolge der
bekanntem geringen Zuteelöhne hielten diese Arbeiter natür-
lich nicht lange aus, und bald trat wieder Mangel an
Arbeitskräften ein. Die Werbearbeit der Agenten war
auch nicht mehr so erfolgreich wie früher, denn die Ostritzer
„Zute“ war schon zu bekannt. Vor Weihnachten versiel
man daher auf ein neues Mittel, sich Arbeiter zu verschaf-
fen: es wurde bestimmt, daß diejenigen Mieter
in der „Kolonie“, welche Arbeiter bei sich in
Lohn hatten, dieselben wo anders als in der
„Zute“ in Arbeit befänden, für jeden pro
14 Tage (Lohnperiode) 1 Mark zu zahlen hät-
ten, die ihnen zutreffendenfalls auch prompt vom
Lohne abgezogen wurde. Da dieses Repressiv-
mittel aber den gewünschten Erfolg vermissen ließ, wurde
den „Schuldigen“ die Wohnung gekündigt, was für sie
gleichbedeutend mit Kündigung der Arbeit war. Ob sie
die Wohnungen wirklich räumen mußten, wissen wir nicht,
aber selbst wenn es nicht geschah, bleibt es immer noch ein
starkes Stück, daß man Arbeitern zumute, einen Druck
auf andre Arbeiter auszuüben, daß diese eine vielleicht ge-
fährliche und lohnendere Arbeit mit der ungelunden,
jämmerlich bezahlten, in der „Zute“ vertauschen sollten.

Wir leben doch in einem freien Lande. Ein jeder hat
das Recht zu leben und zu arbeiten, wo er will, soweit es
natürlich die Polizei erlaubt. Diese redet ja auch öfters
dazwischen. Aber dieses Stückchen aus Ostritz geht doch
über die Guttachur.

Zur Arbeiter-Statistik Russlands. Im Auftrage des
Ministeriums der Finanzen und der Industrie hat das
Zentrale statistische Komitee eine allgemeine Berufs-
statistik der Arbeiter sämtlicher Industriezweige vom Jahre
1897 ausgearbeitet. Wir finden in dieser Statistik die
Gesamtzahl der Arbeiter, die Verteilung derselben nach
Geschlecht und Alter und die Angaben über die Elementar-
bildung der Arbeiter, und ferner auch sehr interessante
Angaben über die Familienverhältnisse unter dem Ar-
beiterstande. Die Gesamtzahl der Arbeiter wird in
dieser Berufsstatistik auf 3 221 565 eingeschätzt, davon
86,1 Prozent Männer und 13,9 Prozent Frauen. Neben
dieser großen Verschiedenheit in dem Gesamtprozentsatz
von Männern und Frauen finden wir einzelne Berufs-
zweige, in denen die Frauen ganz bedeutend überwiegen,
so z. B. in den Tabakfabriken und Waschanstalten (1/2
bis 2/3 mal so viel wie Männer). In andern Berufen
wiederum (z. B. unter den Bauarbeitern) sind die Frauen
überhaupt nicht vertreten. Aus der Gesamtzahl der er-
wachsenen Arbeiter (über 15 Jahre) war über die Hälfte
der Männer (54 Prozent) verheiratet, von den Frauen
etwa ein Drittel (37 Prozent). Der übrige Teil der Ar-
beiter entbehrt gänzlich des Familienlebens. Ein Teil der
Verheirateten lebte sogar getrennt von ihren Familien
(Männer 58,5 Prozent, Frauen 48,9 Prozent). Die
Elementarbildung unter den Arbeitern ist bedeutend
stärker entwickelt, als in der übrigen Masse der Bevölke-
rung. Des Lesens und Schreibens kundig sind unter den
Arbeitern 60 Prozent Männer und 35 Prozent Frauen,
während in der allgemeinen Masse der Bevölkerung nur
18 Prozent Männer des Lesens und Schreibens kundig
sind, von den Frauen schon gar nicht zu sprechen, unter
denen es nur eine verschwindend geringe Anzahl von des
Lesens und Schreibens Kundigen gibt. — Diese Statistik

bezieht sich auf die Arbeiter, die in der bearbeitenden
Industrie, der Bergindustrie, auf den Eisenbahnen und
andern Verkehrswegen beschäftigt waren, und endlich auf
die Bauarbeiter und Handelsangestellten. Ergänzt wurde
diese Statistik durch eine allgemeine Zusammenstellung
der ländlichen Lohnarbeiter, der Arbeiter in der Forst-
wirtschaft und Jagd, der Fischereiarbeiter, Tagelöhner,
Hilfsarbeiter und Dienstboten. Die Gesamtzahl der letzt-
genannten Arbeiter wird von dem Zentralen statistischen
Komitee auf 2 722 623 angegeben. Sonst beträgt die Zahl
der in die Berufsstatistik Aufgenommenen 5 944 188.

Arbeitertriffo. Am 2. März verunglückte im
Prebelschen Steinbruch bei Innenstetten der Steinhauer
Johann Bongraz aus Leuthen im Alter von 34 Jahren,
Vater von fünf Kindern, auf folgende Weise: Bongraz
war unten im Bruch mit Steinbrechen beschäftigt, während
andre Arbeiter oben am Rande des Felsens arbeiteten.
Es wurde ein Stein von den oberen Arbeitern hinunter-
geworfen. Dieser sprang unten im Bruch auf einen zweiten
Stein und zerplatzte. Ein Stück des Steins flog Bongraz
auf den Rücken, so daß er mit voller Wucht zu Boden
stürzte, wo er bewegungslos liegen blieb. Durch rasches
Zugreifen der Kollegen wurde Bongraz aus dem Bruch
geschafft, und man sah schwere Verletzungen im Gesicht.
Nase und linke Wangenseite waren zerfleischt. Der Arzt,
welcher schnellstens requiriert wurde, begt Zweifel an
seinem Aufkommen. Wer morgens fortgeht, weiß nie, ob
er seine Familie abends wieder sieht. Löhne zum Ver-
hungern und dabei stets in Lebensgefahr, das ist das Los
so vieler Steinarbeiter und besonders der Granitarbeiter
im Baurischen Wald.

Freiheit.*

Nicht nach Perlen will ich ringen,
hängen viele Tränen dran;
Will mein freies Lied nur singen:
Als ein schlichter, rechter Mann.

Nicht nach Ehren will ich haschen,
bleib ich nur mir selbst genug;—
Mögen andre immer naschen
Am Konfekt und feinen Trug.

Schlicht und still bei kargem Mahle,
In der Brust das heilige Recht,
Knie ich nicht im Fürstensaale:
Als ein feiler, feiger Knecht.

Ludwig Dinter.

* Von einem Marmorarbeiter aus den bairischen Bergen
wurden uns einige Gedichte zur Verfügung gestellt, die wir mit
Bergmügen veröffentlichen. Zeugen sie doch von Intelligenz und
Talent eines einfachen Arbeiters und gerade dort, wo sie ent-
standen, in der Umgebung, wurde der betreffenden Arbeiterschaft
alle Intelligenz (im Unternehmerinne) abgesprochen. H. S.

Bekanntmachung der Gauleiter.

Münchberg. Die Steinmehnen Hermann Dell, geb. 5. De-
zember 1888 zu München, und Johann Kleber, geb. 23. Sep-
tember 1883 zu Osterburg, haben ihre Bücher bei mir liegen lassen,
ein neues darf diesen nicht ausgestellt werden. Ferner ersuche die
Ortsverwaltungen um Angabe der Abreffen von den Kollegen
Johann Gerum und August Damm.
Job. Mittenmeter, Gauleiter, Fabrikstr. 27.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Dresden. Die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern
schreiten sehr langsam vorwärts. Die reisenden Kollegen, welche
Dresden berühren, werden dringend ersucht, ehe sie auf den
Werkplätzen zusprechen, sich im Bureau, Volkshaus, Zimmer
Nr. 8, zu melden.
Seidel, Vertrauensmann.

Butter a. B. Wir warnen alle Zahlstellen vor dem taub-
stummen Steinmehnen Franz Kaver Merk, welcher hier kurze
Zeit gearbeitet und Privatleute sowie Kollegen in der unerhörtesten
Weise betrogen hat.
Die Ortsverwaltung.

Mittweida. Ersuche die Ortsverwaltungen, mir die Adresse
des Kollegen Hiltl mitzutheilen.
Paul Fontana, Vorf., Nierbergasse 24.

Kadolzschell. Arbeituchende Kollegen haben sich vorher beim
Vorfigenden zu erkundigen.
H. Biermann, Vorf., Bachstraße 14.

Wittenberg. Der Steinmeh Franz Pfeifer, geboren am
12. Juni 1884 zu Werrstadt in Böhmen, hat sein Verbandsbuch
Nr. 18496 in unserem Verbandslokal verpändet. Auch ist er seinen
Verpflichtungen unsrer Zahlstelle gegenüber nicht nachgekommen.
Ernst Korbien, Vorf.

Worms. Die Herberge für Mitglieder befindet sich im Ge-
werkschaftshaus, Mainzger Straße 19.
Rich. Duberow, Vorf., Mähgasse 9.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 4. bis mit 9. März 1907.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Bei-
tragmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbs-
losenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)
Essen, K. 20.—; Meisa, M. 0 75, K. 20.—; Wirsberg, B. 197 40,
K. 4 60; Werbau, B. 4 55; Leipzig (R.), B. 1 10; Jrmelbaußen,
B. 2 80; Stabe, B. 0 95; Ebenstetten, B. 98 70, K. 1 80; Strahlen,
B. 760.—; Stadtprojekten, K. 10.—; Wittweida, B. 420.—, K. 10.—;
M.-Glabach, B. 84.—; Landstuhl, B. 5 25, E. 1.—, K. 9 30;
Leipzig (L.), B. 8 95; Ober-Weilau, B. 126.—; Ströbel, B. 494.—,
E. 7.—, K. 21.—; Würzburg, B. 46.—, K. 19 95; Klingenstein,
K. 5.—; Königslutter, B. 96 60, E. 2 75, K. 1 70; Jena, B. 69.—,
E. 0 50, K. 8.—; Bremen, B. 36.—, E. 1.—, K. 7.—; Bremen,
B. 280.—, E. 5 50, K. 15 10; Graz, Ab. 3 60; Leipzig (W. u.
B.) 5 50; Ethenach, B. 184.—; Metten, B. 477 96, E. 2 50,
K. 11 40; Hannover II, B. 84.—, E. 7 50; Hällich, B. 420.—;
Göppingen, B. 42.—, K. 7.—; Augsburg, B. 69.—; Altenrütchen,
B. 8 70; Breslau, Ab. 7 20; Weicha, B. 690.—, K. 20.—.
Ludwig Geißl, Kassierer.

Briefkasten.

Breslau I. Warum keine Unterschrift beim Bericht? —
Metten. Hatte es bereits geändert. Besten Gruß. — **Abau.** Wenn
die Notiz erscheinen soll, muß auch der Grund angegeben werden.
Wegen Lohnbewegung kann dem nicht stattgegeben werden. Es
müßten dann zirka 30 Orte veröffentlicht werden. — **Göttingen.**
Z. Bericht kostete 20 Pfg. Straßporto. Derartige Briefmarken sind
nicht erlaubt. — **Erkelen.** Das ist kein Grund, Bezug fernzuhalten.
Wenn dort nur 8 Kollegen sind, braucht man im Fachorgan denen
keine Philippika zu halten. Hole die 8 zusammen und erzähle, wie
uns mitgeteilt. Da wird die Wirkung besser sein, als wie durch
den Steinarbeiter. — **Regensburg.** Bericht zurückgestellt, bis die
Angelegenheit geklärt. — **Wrotterode, W.** Abgelehnt. Wer immer
noch auf die sogenannte Winterarbeit hineinfällt, hat keine Ursache,
sich zu beschweren. Derartige Versprechungen haben keinen Wert.

Anzeigen.

(Bei Inzeraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion
keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache
dre Arbeituchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse
schriftlich zu erkundigen.)



Albert Baumann

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle
Steinmetz-Geschirre

versende gratis!

⚡ Lieferung sofort. ⚡

Wagner's Schriften-Atlas

gelangt gegen vorherige Einzahlung von 3 Mark = 4 Kronen
öfter Währung franko zum Versand. Bei Nachnahme Porto und
Nachnahmegebühr zu Lasten des Empfängers.

Diese Sammlung von Schriften-Alphabeten enthält auf 50 Blatt
Quart-Format, in sauberem Druck und in elegantem festen Einband
die gebräuchlichsten Schriften für Grabdenkmäler. Von neuen
modernen Schriften, welche Aufnahme fanden, nennen wir z. B. die
berühmte Schman-Gothisch, Künstler-Gothisch, Künstler-
Grottesk, Sezession, moderne Versalien, Kaiser-Gothisch
sowie auch die neue moderne Bismarck-Gothisch, letztere rivalisiert
mit der Kaiser-Gothisch an Schönheit. Wir haben bei diesen
modernen Schriften wohlweislich die bizarren, unleserlichen Schriften,
— welche sich auf Grabdenkmäler nicht eignen, — weggelassen.
Wagners Schriften-Atlas ist fast in jeder Bildhaueret zu finden.

Verlag der Fachzeitung „Deutsches Steinbildhauer-Journal“
Liegnitz.

Hermann Wagner, Bildhauer.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.

Zadetts, Sosen

Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Gute Hainbuchener Steinhauerknüppel

zum Preise von 1 Mark empfiehlt

Peter Brandel, Drechsler

in Radweiler bei Diemeringen i. Gf.

Pflastersteinhauer

finden bauernde Beschäftigung im Afford und guten Lohn. Ein-
tritt sofort bei

Joseph Bartl, Steinmehgeschäft in Barbina

Post Sepruheim bei Seimertitz (Böhmen).

Tüchtigen Steinbruchschmied

sucht

Clemens Kolbe
Seilbusch bei Weifen.

Eine größere Anzahl

Steinmetze

Können sofort eintreten, bauernde Arbeit, festen Tarif.
Granit- u. Syenitwerke Frohmann & Co.
Reinheim (Hessen).

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Ver-
bandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ab-
leben Mitteilung gemacht wird.)

Menz. Am 5. März starb an der Berufskrankheit unser
Kollege Peter Spuhler im Alter von 44 Jahren und
8 Monaten.

Berlin I. Am 5. März starb an der Berufskrankheit unser
Kollege Max Gabel im Alter von 39 Jahren.

Breslau I. (Verspätet). Am 27. Februar starb unser
früherer Vorfigender Heinrich Brosig im Alter von
26 Jahren in der Lungenheilanstalt Molkensfeld in
Schreiberbau.

Frankfurt. Am 8. März verschied nach 6jährigem Leiden
unser Kollege Johannes Dries im Alter von 57 Jahren
an der Berufskrankheit. Mit ihm starb der letzte Mit-
gründer der örtlichen Organisation.

Gerdecke. Am 4. März wurde unser Vorfigender Hein-
rich Brücher auf dem Wege von der Arbeit nach
seinem Hause heimtückischerweise erstochen. Im Alter von
32 Jahren endete ein treuer Kollege.

Ostwald. Am 1. März starb unser Kollege Heinrich
Sagebiel im Alter von 48 Jahren an der Berufs-
krankheit.

Posta. Am 9. März starb unser Kollege, der Brecher
Heinrich Lehmann, im Alter von 41 1/2 Jahren
an der Berufskrankheit.

Pirna. Am 9. März starb unser Kollege Emil Mai im
Alter von 36 1/2 Jahren an der Berufskrankheit.

Speier. Am 1. März starb unser Kollege Jakob Ott
im Alter von 41 1/2 Jahren an der Berufskrankheit.

Striegau. Am 4. März starb auf dem Wege von der
Arbeit, auf bisher unaufgeklärte Weise, unser Kollege
Wilhelm Glade im Alter von 33 Jahren.

Strasbourg. Am 5. März starb unser Kollege Joseph
Hauser an der Lungenschwindsucht im Alter von
29 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Siebold, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Eine holländische Enquete über die Steinhauerkrankheit.*

In einer öffentlichen Versammlung am 6. Januar d. J. in Rotterdam referierte Dr. med. Elias über die Ergebnisse einer von ihm vorgenommenen Enquete über den Gesundheitszustand der Rotterdamer Steinhauer. Diese Enquete war durch die Rotterdamer Steinhauergewerkschaft *Centraal Maakt* im Einvernehmen mit der Steinarbeiterkrankenkasse veranlaßt worden. Der Versammlung wohnten drei Beamte der staatlichen Arbeitsinspektion und zahlreiche Unternehmer bei.

Nachdem der Referent eine historische Uebersicht der Hypothesen und der Literatur über die Steinhauerkrankheit seit der 1721 erschienenen Arbeit des Dr. Vube geschildert hatte, teilte er als die wichtigsten Resultate seiner Enquete folgendes mit:

Es wurden nur die in Rotterdam arbeitenden Steinhauer, ausschließlich der Polierer und Schaurer, der Untersuchung unterzogen. Diese Untersuchung war aber sehr gründlich; alle in Betracht kommenden Arbeiter wurden auf dem nackten Körper auskultiert, die Gesundheitsverhältnisse in ihrer Familie, sowohl für was die Eltern als für was die Kinder betrifft, soweit wie möglich nachgefragt, die Angaben des städtischen Bevölkerungsamts herangezogen usw.

Aus den Angaben des Bevölkerungsbureaus ging zunächst hervor, daß von 1895 bis 1905 in Rotterdam 32 Steinhauer gestorben sind, darunter 23 nachweisbar an Tuberkulose. Von den letzteren waren 68 Prozent unter 50 Jahre alt. Die Zahl der zurzeit in Rotterdam arbeitenden Steinhauer beträgt 220. Aus deren Alter geht hervor, wie früh die Steinhauer im allgemeinen sterben:

Von 12 bis 15 Jahre alt waren	14,85 Prozent
" 16 " 22 " " " "	30,00 "
" 23 " 60 " " " "	52,96 "
Mehr als 60 " " " "	nur 1,19 "

177 dieser 220 Steinhauer, also 80 Prozent, konnten einer gründlichen körperlichen Untersuchung unterzogen werden. Dabei ließ sich bei 22 die Tuberkulose als absolut sicher, bei 16 als sehr wahrscheinlich feststellen; 11 erschienen als der Tuberkulose verdächtig, 19 als Kandidaten zur Tuberkulose, 74 hatten gesunde Lungen. Das Alter von 30 Jahren schien das kritische zu sein; entweder wird um diese Zeit die Krankheit schlimmer, oder aber der Arbeiter stellt sich als kräftig genug heraus, um gesund zu bleiben. Unter den in andern Verufen beschäftigten Geschwistern der untersuchten Arbeiter kam merkwürdigerweise Tuberkulose so gut wie gar nicht vor.

Im allgemeinen bleiben die Steinhauer selten wegen Krankheit von der Arbeit fern. 8 Arbeiter, bei denen die Tuberkulose sicher und fortgeschritten ist, haben keinen einzigen Tag deswegen gefehert. Der älteste aller untersuchten Steinhauer erklärte am 19. April 1906 dem Referenten, er habe 52 Jahre in dem Verufe gearbeitet, ohne einen einzigen Tag wegen Krankheit zu Hause geblieben zu sein; nur fühle er sich in der letzten Zeit nicht mehr so wohl wie früher. Am folgenden Tage starb der Mann an Blutspucken!

In Rotterdam wird meistens Hartstein bearbeitet. Unter den Sandsteinarbeitern waren im Verhältnis nicht

* Aus dem holländischen Parteiorgan *Het Volk* vom 10. Januar 1907.

mehr Tuberkulosefranke, als unter den Hartsteinarbeitern. Unter den Arbeitern wie unter den Unternehmern aber herrscht die Auffassung, daß der Sandstein weit gefährlicher sei als der Hartstein; für die Bearbeitung des Sandsteins werden sogar Lohnzuschläge bewilligt. Kein einziger Arbeiter erklärte, vom Hartstein Last zu haben; beim Sandstein aber, namentlich beim Bentheimer, beschwerten sich fast alle über ein furchtbares Brennen im Hals, wenn auch keiner angab, daß er dadurch husten mußte. Auch meinen die Steinhauer, daß im Sandstein die Arbeit mehr ermüdet als im Hartstein; dies ist wohl daraus zu erklären, daß beim Hartstein der Hammer zurückgeworfen wird und somit viel Kraft erspart, namentlich beim Schlagen mit 10 aneinander verbundenen Nerten.

Dr. Elias hat nicht den Eindruck gehabt, daß der Alkoholgebrauch die Tuberkulose begünstigt. Dennoch nimmt derselbe ab, und zwar, nach dem Urteil der Unternehmer, durch den Einfluß der Gewerkschaftsorganisation.

27 Kinder, die im Verufe arbeiten, und zwar im Sommer von 6 Uhr morgens an während 11 Stunden täglich, wurden untersucht; alle waren gesund, als sie den Beruf angingen — 9 stellten sich bei der Untersuchung als tuberkulös heraus!

Als wahrscheinliche Ursachen der Steinhauerkrankheit, der Tuberkulose, gibt Dr. Elias in erster Linie das Einatmen des Staubes an. In dieser Beziehung ist der Sandstein nicht gefährlicher als der Hartstein; die Quantität des schwebenden Staubes ist bei allen Steinarten durchaus die gleiche — ihr spezifisches Gewicht ist ebenfalls nach einer Untersuchung des Dr. Schieven-Vorman genau dasselbe. Höchstens könne die größere körperliche Ermüdung bei der Bearbeitung des Sandsteins letztere etwas gefährlicher machen.

Als sekundäre Krankheitsursachen gibt Dr. Elias die Beschäftigung von Kindern, die Ermüdung bei der zu langen Arbeit und das Schwingen des ganzen Körpers bei jedem Hammerschlage an. Zur Bekämpfung der Krankheit schlägt er vor: gute Speisefokale, die gereinigt werden; ein Schuttdach für die unter freiem Himmel Arbeitenden; den Achtstundentag; Verbot der Beschäftigung von Personen unter 16 für Lohnarbeit, unter 18 Jahren für Akkordarbeit; Verbot des Hammerns mit 10 Nerten. Als die wichtigste dieser Forderungen bezeichnet Dr. Elias den Achtstundentag, der nur durch die gewerkschaftliche Organisation zu erreichen sei.

Gaukonferenz des 2. Gaus.

Um zu beraten, wie wir in Zukunft unsere Agitation gestalten, und zur Besprechung der zahlreichen Lohnbewegungen, fand am Sonntag, den 24. Februar, vormittags 11 Uhr, im Gasthof zum Zeltgarten in Schweidnitz eine Gaukonferenz statt. Gauleiter Kollege Lohse eröffnete dieselbe und begrüßte die Delegierten mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen zum Wohle unseres Verbands geheißen mögen. Anwesend sind 33 Delegierte, welche sämtliche 17 Zahlstellen des Gaus vertreten, außerdem von der Gauleitung Lohse und Kaufmann. In das Bureau wurden gewählt Lohse und Alter-Warthau als Vorsitzende, Grütner und Baudach-Striegau als Schriftführer.

Den Bericht über den 1. Punkt der Tagesordnung, Geschäfts- und Kassenbericht der Gauleitung, erstattet Kollege Lohse. Aus demselben ist zu entnehmen, daß neue Zahlstellen außer Breslau II (Marmorarbeiter) nicht gegründet wurden, die Zahlstelle Altdorf hat sich Wünschelburg angeschlossen. Die Mitgliederzahl des Gaus beträgt 2711. In den Zahlstellen sind noch 1301 Steinarbeiter, welche unserm Verbands nicht ange-

hören, darunter 49 Hirsch-Dunderdörfer Gewerksamer, 46 Christliche (und 22 Frauen, die in Breslau noch als Marmor-schleiferinnen beschäftigt werden). Die Mitgliederzahl ist in fortwährendem Steigen begriffen, wobei die Anstellung besoldeter Beamten im Strehlen-Ströbeler wie für das Striegau-Gäßlicher Granitgebiet nicht zum wenigsten beiträgt. Die seitens der Gauleitung unternommene Agitation in den Gebieten, wo wir bisher keine Anhänger hatten, sind leider ohne Erfolg geblieben. So in Kaufung, wo nur die „Hirsche“ Mitglieder gewannen. In dem Granitgebiet bei Reize und an der österröschischen Grenze sind enorm niedrige Löhne. Durch die schlechte Entlohnung sind die dortigen Unternehmer in der Lage, den Arbeitgebern, welche mit ihren Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen haben, eine schädigende Konkurrenz in Pflastersteinen zu machen. Doch auch in diesem, bisher von Pfaffen beherrschten Winkel wird das Licht der gewerkschaftlichen Aufklärung einströmen. Lohnbewegungen sind im verflochtenen Jahre weniger zu verzeichnen. In Wartbau II, Deutmannsdorf und Sackisch sind kleinere Lohnaufbesserungen erzielt worden. In Strehlen wurde eine bereits bewilligte Lohnaufbesserung wieder rückgängig gemacht.

Maßregelungen wegen Vertretung der Interessen oder Zugehörigkeit zur Organisation waren überaus häufig. Hierin leisten hauptsächlich die Unternehmer in Strehlen und Ströbel erhebliches. Hier war es Herr Schall, welcher nicht nur den Vorsitzenden der Zahlstelle Strehlen maßregelte, sondern obendrein die gesamte Lohnkommission und die Platzvertreter entließ. In Ströbel ist diese Praxis ebenfalls an der Tagesordnung.

Vertöße gegen die Bestimmungen der Bundesratsverordnung sind fast überall, am häufigsten jedoch in der Granitindustrie zu verzeichnen. So werden in Gäßlich noch Frauen zum Verladen von Steinen, in Ströbel sogar zum Schlagen von Kleinschlag verwendet. Die Kollegen in Mittelsteine und Sackisch litten unter schlechten Bodenverhältnissen, der zuständige Gewerbeinspektor fand dieselben jedoch für gut.

Agitationsversammlungen wurden in der Berichtszeit 42 abgehalten, außerdem wurden drei Flugblätter verbreitet.

In der Diskussion wurde lebhaft über die Durchbrechungen des Tarifs seitens der Firma Riggl-Breslau debattiert. Da Umgehungen und Durchbrechungen des Tarifs allzu häufig vorkommen, verlangten sämtliche Diskussionsredner, daß bei wiederkehrenden Fällen die Kollegen sämtlicher Filialbetriebe der Firma benachrichtigt werden, um gemeinsam hiergegen Stellung nehmen zu können.

Von einer Diskussion über den Bericht des Gauleiters wurde Abstand genommen, da ein genauer Abschluß nicht vorliegt, weil in der Berichtszeit die Gauleitung von Bunzlau nach Striegau verlegt wurde.

Auf Anregung von Jahrmarkt-Bunzlau wurde in die Tagesordnung ein besonderer Punkt, Die Bundesratsverordnung eingeschoben. Die Debatte hierüber zeigte recht deutlich, wie wenig die Unternehmer sich um die zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter erlassenen Vorschriften kümmern. Der heilige Profit könnte ja darunter leiden. Recht bedauerlich ist ferner, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten so wenig auf die genaue und strenge Durchführung der bundesrätlichen Verordnung bringen. Den Kollegen der Firma Rhoder-Striegau erklärte der revidierende Beamte, als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es in die Frühstücksbude einregne, „so schlimm wird es wohl nicht sein“. In Peilau sind Frühstücksbuden überhaupt nicht vorhanden, dort nehmen die Kollegen ihre Mahlzeiten an ihrem Tisch oder in einem Lagerraum ein. Auch wurden jugendliche Arbeiter über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit beschäftigt. In Ströbel werden jetzt sogar Frauen zum Schlagen von Pflastersteinen verwendet. Zur besseren Durchführung der Bundesratsverordnung empfiehlt Grütner-Striegau die politische Betätigung, damit mehr Arbeitervertreter in den Reichstag gesandt werden, welche dafür eintreten, daß Arbeiterschutzgesetze nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch befolgt werden. Trotz der Eingaben der Gauleitung an die Gewerbeinspektion sind die vorhandenen Mißstände wenig oder gar nicht abgestellt worden, deshalb befürwortet Lohse, durch fortwährende Kritik für die Durchführung der Verordnung zu sorgen.

Ein Streik im achtzehnten Jahrhundert.*

(Nach bisher noch nicht veröffentlichten urkundlichen Aufzeichnungen und Berichten aus dem oberbairischen Kreisarchiv zu München.)

Von Karl von Tschka.

Die kleine Episode aus dem Leben der Münchener Gesellen, die hier berichtet wird, trug sich im November und Dezember des Jahres 1794 zu.

Ein Schlossermeister, namens Scherg, hatte zwei Gesellen angeblich wegen Lieberlichkeit aus der Arbeit entlassen und ihnen die Auszahlung des beanspruchten Wochenlohnes mit der Motivierung, daß sie die Woche hindurch doch nichts gearbeitet hätten, verweigert. Die Zunftführer, deren Entscheidung von beiden Seiten zunächst angerufen wurde, stellten sich auf die Seite des Meisters und sprachen ihn von der Bezahlung des Lohnes frei. In der als zweite Instanz einberufenen Handwerkszusammenkunft, dem sogenannten „Handwerkhalten“, — diesem letzten Rest des ehemaligen mächtigen Zunftgerichts, — an welchem sämtliche Meister und von jeder Werkstatt der älteste Geselle teilzunehmen hatten, wurde ebenfalls, durch Ueberstimmung der Gesellen, zugunsten des Meisters erkannt. Die Gesellen bestanden jedoch trotzdem weiterhin auf ihrer Forderung, und als der Schlossermeister Scherg, der Erkenntnis des Handwerks gemäß, sich weigerte, den ausbedungenen Wochenlohn zu zahlen, traten sämtliche 59 Gesellen des Handwerks in den Ausstand mit dem Vorbehalt, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis den beiden nach ihrer Meinung zu Unrecht entlassenen Gesellen der Wochenlohn ausbezahlt sei. Das war am 26. November 1794.

Als nach zwei Tagen die Gesellen die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen hatten, „sind in der Stadt und außer den Thoren herumirrten“, auch von den Gesellen die Erklärung öffentlich gemacht wurde, „daß sie schon mehrere Zünfte wüßten, die ihnen beistehen, und ihr Unternehmen fördern würden“, sah sich der Magistrat, durch das Wukamt von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt, veranlaßt, „schleunigst Maßregeln zu ergreifen, wodurch sowohl die dermal aufgestandenen Schlossergesellen in ihre Arbeit getrieben, als auch den übrigen die Lust zu dergleichen für die Bürgerschaft und das Publikum höchst schädlichen Auftritten benommen würde.“ „Wir liegen daher“, — berichtete der Magistrat unter dem 3. Dezember d. J. an den Kur-

fürsten, — „sogleich alle Gefellen, so sich auf der Hörberg abends befanden,

durch Unser Wukamt auf das Rathaus berufen, um sie zu bedeuten, daß die Sache wegen dem wöchentlichen Lohn von Seite Unserer am künftigen Rathstage entschieden werden würd, bis dahin sollten sie aber sogleich an ihre Arbeit sich verfügen, und ruhig verhalten, widrigenfalls man diejenigen, so sich weigern, sogleich auf ihre Hartnäckigkeit beharren, und dem von Eur. Churf. Durchlaucht Obrigkeit aufgetragenen Befehl nicht nachkommen würden, ohn weiteres als Aufsteifer und Störher der öffentlichen Ruhe ad militiam abgeben würde.

„Die von Seite des Wukamts gemachte Eröffnung, dann all mögliche Vorstellungen konnten, solange alle Gefellen in dem Kommissionenzimmer waren, keine Wirkung hervorbringen, sondern die Aeußerung der Gefellen gieng immer dahin, daß sie nicht eher arbeiten werden, bis nicht der Magistrat entschieden haben würd, daß den beiden Gefellen unmittelbar der Lohn gegeben werden muß.

„Bei diesen Umständen fand man für nötig, jeden insbesondere mit seiner Aeußerung ad protocollum zu vernehmen, wo sodann unter der Zahl von 59 Gefellen 50 zu arbeiten sich erklärten, die übrigen 9 aber folgten blindlings der allgemeinen Stimme, so vorher unter allen herrschte, und beharrten auf den Satz, nicht eher zu arbeiten, bis nicht ihr Wille von seithen Unserer wird gemacht seyn. Diese 9 wurden demnach, auch zur Strafe ihrer Widerspächlichkeit, und als Verächter obrigkeitlichen Befehls nach der ihnen vorher gemacht Commination ad militiam andern zum warnend Beispiel sogleich abgegeben.“

Doch dem Vorgehen des Magistrats nach dem Grundsatz *divide et impera* war nur ein kurzer Augenblickserfolg beschieden. Die Abführung der neun ihrer Ueberzeugung treu und standhaft gebliebenen Gefellen ruft unter der gesamten Gefellenschaft Münchens große Entrüstung und Bestürzung hervor. Einmütig treten die Gefellen fast sämtlicher Zünfte für ihre gemäßregelten Kameraden ein. Noch am Abend desselben Tages halten sie eine Zusammenkunft in der Herberge der Schlosser ab; eine Abordnung von 30 Gefellen aus 21 Zünften* wird erwählt, die sich am nächsten Tage auf das Rathaus begeben soll, um die Freilassung der zum Militär gegebenen Gefellen zu erwirken.

Am 2. Dezember begaben sich die 30 Gefellen auf das Rathaus und ließen melden, daß sie etwas anzubringen hätten. Sie

* Diese 21 Zünfte waren: Hafner, Spengler, Wagner, Uhrmacher, Schleifer, Gürtler, Drechsler, Geschmeidmacher, Kürschner, Messerschmiede, Weber, Schuhmacher, Bäcker, Metzger, Kürschner, Schächler, Strumpfsticker, Putzmacher, Leberer, Schneider und Schmiede.

wurden sofort vorgelassen und ihr Anliegen wie folgt protokolliert:

„Nachdem im Rath gemeldet wurde, daß die Mitgesellen von verschiedenen Zünften und Handierungen auf dem Rathaus sich eingefunden haben, und die unterthänigste Bitte stellen, daß eine Anordnung gemacht werden möchte, um ihr Anbringen ad protocollum geben zu können, so wurde dem Wukamt die Weisung erteilt, die Anwesenden ad protocollum zu vernehmen. Man hat auch von Commissionswegen sich sogleich zu denen Anwesenden verfügt, und selbe befragt, was Sie dem Magistrat zu hinterbringen hätten? Demnach erklärten sich selbe, daß sie im Rahmen der Laaden abgeordnet seyen, den Magistrat zu bitten, daß die ad militiam abgegebenen Schlossergesellen wieder befreit werden möchten, damit es ihnen, wenn sie nicht bloße Sklaven ihrer Meister seyn wollen, nicht ebenfalls so ergehen möchte.“

Die Antwort des Magistrats gieng dahin, daß er selber keine weitere Entscheidung erteilen könne, da der „gestellten Bitte zu willfahren nicht mehr in Unseren Mächten stehet, sondern bloß von E. Churf. Durchlaucht höchsten Gnade abhänget, ob höchstebenfalls dieser Bitte gnädigst Gehör schenken“; es könne daher der Magistrat nichts weiter tun, als die „ad protocollum gegebene Bitte zu E. Churf. Durchl. höchsten Gnaden Thron übermachen und um gnädigste Entschlieung bitten“.

Unter dem 3. Dezember d. J. ergeht denn auch ein eingehender Bericht seitens des Magistrats an den Kurfürsten mit der Bitte um eine gnädige Entschlieung unter Beifügung des erwähnten Protokolls.

Das einmütige Zusammenstehen der Gefellen hatte aber noch einen andern nicht minder beachtenswerten Erfolg: nämlich einen vollständigen Umschwung in der Meinung der Schlossermeister herbeigeführt. Die trüben Aussichten auf einen langdauernden Streik, der dem Gewerbe schweren Schaden zufügen würde, ließ die zuerst so unbeugsamen Meister plötzlich andern Sinnes werden. Drei angesehene Schlossermeister, darunter der Hofschlosser und der Landchaftschlosser, stellen sich in einer Eingabe an den Kurfürsten durchaus auf den Standpunkt der Gefellen und bitten um Entlassung der neun zu Unrecht Inhaftierten.

„Der mit den allhifigen Schlossergesellen unnötig veranlaßte Aufstand — heißt es in der Eingabe — wird Eu. Churf. Durchl. schon hinterbracht worden seyn; noch scheint sich derselbe nicht zu legen, und die Ablieferung mehrerer Gefellen unter das Militär dürfte diesen von neuem ansachen. Wenn wir unsre mindeste Meinung ohnegefehrlich vortragen dürfen, so war das Benehmen der Gefellen handwerksartikelmäßig, nicht aber jenes des Schlossermeisters. Anbeut waren einige Gefellen bey uns, und erklärten sich, daß alle bereit seyen, bis zur nähern Austragung der Hauptsachen, ihre Arbeiten wie vor fortzusetzen, wenn auch diejenigen zu ihren Werkstätten

* Wir entnehmen diesen Aufsat mit Erlaubnis des Verlags und Verfassers dem Februartheft der Süddeutschen Monatshefte, der von P. M. Cosmann unter Mitwirkung mehrerer hervorragender Autoren herausgegebenen überaus vielseitigen und durch vornehme Haltung sich auszeichnenden Monatschrift, die jetzt im vierten Jahrgang steht (München, Verlag der Süddeutschen Monatshefte, G. m. b. H.).

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist Organisation und Agitation. Kollege Rohse empfiehlt hierbei, nicht so großen Wert auf Versammlungen zu legen, sondern in den Bezirken, wo wir weniger Fortschritte machen, die Agitation von Mund zu Mund viel rühriger zu betreiben. Als wirksames Mittel ist auch die Hausagitation zu bezeichnen, wie dieselbe im Striegauer Bezirk mehrmals mit gutem Erfolg betrieben wurde. Auch in anderen Bezirken wird seitens der Gauleitung in Zukunft mehr dieses Mittel angewandt werden.

Mehrere Redner wünschten, daß den in den Steinbetrieben beschäftigten Hilfsarbeitern bessere Gelegenheit geboten würde, sich unserem Verbande anzuschließen, eventuell durch Einführung einer zweiten niedrigeren Beitragsklasse in einer Zahlstelle. Gerügt wurde ferner, daß der Zunftgeist, welcher gegenüber den Tagelöhnern vielfach noch allzu sehr herausgesteckt wird, die Agitation unter diesen Arbeitern erschwert. Die Abschaffung dieses, in manchen Zahlstellen noch recht gepflegten, einer modernen Gewerkschaft unwürdigen Zwistes, wurde als unsere besondere Pflicht anerkannt.

Unsre Lohnbewegungen war der nächste Punkt der Tagesordnung. Sämtliche Zahlstellen, außer Häßlich, wo es wegen der großen Zahl Unorganisierter nicht möglich ist, stehen dieses Jahr in Lohnbewegung. Ob es überall auf friedlichem Wege möglich sein wird, günstige Tarifabschlüsse zu erzielen, ist fraglich, obgleich es bei den hohen Lebensmittelpreisen, und in einer Zeit, wo sogar der Vater Staat seinen Beamten Teuerungszulagen gewährt, für die Verbandsmitglieder nur wünschenswert wäre. Die gestellten Forderungen schwanken zwischen 10 bis 20 Prozent. Sämtliche Zahlstellen der Sandsteinindustrie werden auf den Abschluß eines gemeinsamen Tarifs hinarbeitet. Im Striegauer Bezirk ist die Uebernahme der Kosten für Geschir und Schärfe durch die Unternehmer in den Vordergrund gestellt. Bisher mußten diese Kosten die Steinweber selbst tragen, indem sie mit eigenem Geschir arbeiten, oder für vom Arbeitgeber geliehenes Geschir 3 bis 5 Prozent abgeben mußten. Die organisierten Unternehmer lehnen bis jetzt ab, mit dem Lokalbeamten, oder auch mit einem Mitgliede des Zentralvorstands zu verhandeln.

Auch Strehlen und Ströbel werden gemeinsame Forderungen stellen, da Strehlener Unternehmer auch in Ströbel Steinbrüche besitzen. Da im Heuscheuergebiet noch vielfach die Meister die Arbeitszeit festsetzen, wollen die Kollegen, wenn möglich, für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Bei der herrschenden günstigen Konjunktur ist wohl zu erwarten, daß ein großer Teil der Lohnbewegungen zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt wird.

Beim letzten Punkt, Anträge, welche durch die festgesetzte Tagesordnung nicht erledigt sind, wurden verschiedene Wünsche in bezug auf unsre Presse zur Sprache gebracht. Unter Wartha wünscht künftighin die Streichung der vielen überflüssigen Namen aus den Versammlungsberichten, da die Gesamtheit der Mitglieder an diesen kein Interesse hat. Wartha-Strehlen verlangt, daß wenn Berichte eingekauft werden, dieselben entweder veröffentlicht werden, oder eine Notiz im Briefkasten erscheint, Bericht überlesen. Fahrmarz-Bunzlau wendet sich gegen manche überflüssigen (?) Korrekturen oder Zusätze seitens des Redakteurs bei Berichten. Baudach-Striegau erklärt sich für Einschränkung der Versammlungsberichte auf das allernotwendigste Maß, damit für ausfallende politische und sozialpolitische Artikel noch mehr Raum geschaffen wird. Die Konferenz erklärte sich mit den vorgebrachten Wünschen und beschloß, im allgemeinen einverstanden zu sein und hofft, daß seitens des Zentralvorstands diesen Wünschen Rechnung getragen wird, worauf Schluß der Verhandlungen erfolgte.

W. B. (Zu beurteilen, ob die Korrektur notwendig oder „überflüssig“ ist, muß wohl oder übel dem Redakteur überlassen werden. Er ist es auch, der beim Stragen genommen wird. Bei ungehörigen Korrekturen, die, nebenbei gesagt, nur in der Einbildung einzelner bestehen, wende man sich an die Pressekommision. D. Red.)

Bezirks-Konferenz in Plattling.

Am 4. März, vormittags 11 Uhr, fand im Gasthaus zum goldenen Anker in Plattling eine Bezirkskonferenz des 11. Gaues (Bairischer Wald) statt. Daß es auch hier zu tagen beginnt, beweist das rege Interesse an der Konferenz. Vertreten waren 9 Orte mit 11 Delegierten. Vom Zentralvorstand Koll. Siebold.

Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Delegierten über Lohn- und Arbeitsverhältnisse; 2. Organisation; 3. Agitation; 4. Verschiedenes.

Beim 1. Punkt entrollten die Delegierten ein trauriges Bild kapitalistischer Ausbeutung in kraffer Form. Löhne von 1.50 bis 2.50 Mark sind an der Tagesordnung; so unterscheiden die

nachhaus gelassen würden, welche bereits in die Casernen angewiesen worden, außerdem aber müssen sie alle Feberabend machen. Gnädigster Herr! Niemand ist mehr als wir Meister selbst bestraft, wenn die Werkstätten noch länger leer stehen, die Gesellen kommen weit umher, München wird verschrien, und die Gesellen werden noch härter als bisher zu überkommen sein, kein Meister von uns kann aber für sich die Arbeiten befördern.“

Sie schließen mit der Bitte, der Kurfürst möge anbefehlen, die ausgehobenen Gesellen wieder zu ihren Werkstätten zu entlassen.

Diese Eingabe ist in der Tat denkwürdig. Sie ist ein Beweis für die große Macht, die das feste und zähe Zusammenhalten der Gesellen diesen verleiht, denn diese drei Meister hatten noch vor wenigen Tagen bei der Handwerkszusammenkunft zweifellos gegen die Gesellen und zugunsten ihres Mitmeisters gestimmt.

Eine Reihe von Tagen verlief nun ruhig und ohne Störung, aber ohne einen Entscheid vom Kurfürsten zu bringen, und auch ohne daß die Schloßergesellen die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Da ließ sich am 14. Dezember, abends gegen 9 Uhr, ein zugereister Kaufmann aus Amberg bei der Hauptkommandantenschaft dem Generalmajor und Stadtkommandanten melden. Er wurde vorgelassen und „brachte vor, wie daß es eines jeden Pflicht sehe, Meldungen zu machen, wenn er glaube, daß die Sicherheit der Stadt hierunter begriffen sehe. Infolge dessen wollte er also anzeigen, daß gestern Nachmittag beim Silberbräu Handwerksjurcheu versammelt gewesen wären, welche sich in einem Zimmer befunden hätten, und sich wechselseitig Behandsleistung mittels Schwörung juramentar zugesichert hätten; auch sich unterredet, daß sie diese Nacht durch in einem Wirtshaus in der Sendlingergraben versammelt, und bey Ankunft der Patrouillen sich derselben förmlich widersetzen wollten.“ (Aus dem Bericht der Hauptkommandantenschaft an die Obere Landesregierung vom 15. Dezember.)

Da der Stadtkommandant befürchtete, daß das Vorgehen der „Ausgangs- und Patrouillen (deren Aufgabe es war, die Einhaltung der Polizeistunde in den Lokalen zu überwachen und etwaige Uebertreter hinauszuweisen), „das Signal zu einem allgemeinen Aufstand“ sein könne, ließ er vorstichtigerweise die Patrouillengänge in der Sendlingerstraße überhaupt einstellen, beauftragte hingegen einen Stadthauptmann „ohne Aufsehen zu erregen“ nach dem Rechte zu sehen. „Gebachter Herr Hauptmann hat wahrgenommen, daß bey dem Silgenrainerbräu alles voll war, und daß immer einige zu- und abgingen, so zwar, daß es immer drei und vier miteinander waren, sonst aber war in diesem Haus sowohl, als auch in der ganzen Sendlingergraben in soweit allens ruhig; heute aber ist bey dem Eberbräu sowohl, als auch bey dem Silgenrainer alles voll, und auch auf der Straßen siehet man Handwerksjurcheu in starker Anzahl

Unternehmer dort Sommer- und Winterpreise. Es ist in kurzen Worten ein Hungern durchs Leben. Auch haben die Kollegen, die für Verbesserung ihrer elenden Lebenslage eintreten, durch schamlose Behandlung seitens der Arbeitgeber und Polizei viel zu leiden. Die Bundesratsverordnung, soweit sie für die Granitarbeiter überhaupt in Frage kommt, wird in der schamlosesten Weise umgangen. Daß die Steinarbeiter des bairischen Waldes nun fest entschlossen sind, das bisher Versäumte nachzuholen und der Organisation Eingang zu verschaffen, beweisen die bestehenden Zahlstellen, wovon Ketten die bestentwickelteste ist. Die Gauleitung wurde ersucht, im kommenden Frühjahr den bairischen Wald in agitatorischer Hinsicht zu unterstützen. Es sind dort noch Hunderte von Indifferenten zu gewinnen.

Anschließend an den Bericht der Delegierten führte Kollege Siebold aus: Die Darlegungen der Kollegen haben abermals recht deutlich bewiesen, daß dort, wo die Organisation noch keinen Einfluß hat, die erbärmlichsten Zustände herrschen. Er könne nicht verstehen, wie eine vier- oder fünfköpfige Familie sich mit diesen Hungerlöhnen über Wasser halten könne. Es zeige sich, wie recht die Sozialdemokratie hatte, wenn sie sagte, die Reichstagswahlen waren Hungermahlen. Doch die meiste Schuld treffe die Kollegen des bairischen Waldes selbst. Wer heute der Arbeiterbewegung indolent gegenüber stehe, besorge die Geschäfte der Unternehmer. Er ermähnte die Vorsitzenden, die Organisation in ihren Zahlstellen auszubauen, die Steinarbeiter des bairischen Waldes sollten die paar Pfennige Beitrag nicht scheuen, obwohl es schwer falle bei den erbärmlichen Löhnen. Dann werde auch hier Wandel geschaffen. Bei Differenzen oder Bewegungen sei die größte Vorsicht geboten. Die Taktik sei eine andre wie früher. Man habe es mit einem gut koalitierten Unternehmertum zu tun. Die Bestimmungen des Statuts müssen unter allen Umständen maßgebend sein. Werde alles dieses beachtet, können die Zahlstellen jederzeit auf die Unterstützung der Verbandsleitung mit Sicherheit rechnen.

Beim 2. Punkt gab Mittenmeier den Situationsbericht. Es sei für den Gauleiter keine erfreuliche Tatsache, am Ende eines arbeitsreichen Jahres 194 Mitglieder weniger zu verzeichnen als im Vorjahre. Doch trage der Streik im Mischelkaltgebiet viel dazu bei. Bei den einzelnen Zahlstellen müsse mehr Selbständigkeit sein. Bei Maßregelungen werde getadelt und kopflos gehandelt. Werde in Zukunft etwas unternommen ohne seine Zustimmung, so übernehme er keine Verantwortung. Wo eine gute Ortsverwaltung sei, floriere auch die Zahlstelle. Habe man bei Gründung einer Zahlstelle das Glück, die richtigen Personen zu treffen, so gehe es vorwärts, wenn nicht, so gehe die Zahlstelle bald wieder verloren. Es müsse mehr Führung genommen werden zwischen den einzelnen Zahlstellen. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit müsse besser gepflegt werden, so daß nicht die künstlich gezogene Grenze eine Scheidewand bilde. Bei der Agitation müsse man den Gauleiter besser unterstützen. Es geht nicht an, daß bei jeder Kleinigkeit sofort der Gauleiter gerufen und kategorisch geschrieben wird: „Komme sofort, oder die Zahlstelle geht verloren.“ Bei Mitgliederberathungen müsse das Broschürenmaterial, welches er den Zahlstellen überweise, eventuell berlesen werden. So gewinnen die Kollegen mehr Interesse und sie kommen gern zu den Versammlungen. Persönliche Reibereien dürfen in den Versammlungen nicht ausgetragen werden, und es sei Pflicht des Vorsitzenden, die Versammlung zur rechten Zeit zu schließen. Weiter gab Mittenmeier sehr instruktive Aufklärung über Buch- und Kassenführung. Hier herrschen die krafftesten Mißstände. Bei einigermaßen gutem Willen sei es wohl möglich, hier Ordnung zu schaffen. Es sei doch auch für einen Ortskassierer keine Ehre, wenn seine fehlenden Abrechnungen im Steinarbeiter veröffentlicht werden.

Kollege Link-München betonte in seinem Schlusswort: Ein reiches Arbeitsfeld liege vor uns, vieles sei gefördert worden, vieles könne wieder gut gemacht werden. Er ermähnte die Delegierten, das Gehörte zu beherzigen, hinauszutragen zu ihren Kollegen und mitzuarbeiten an der großen Kulturbewegung. Es werden dann auch die Steinarbeiter des bairischen Waldes einer besseren Zukunft entgegengehen. Mit einem Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband schloß Vorsitzender Link die Konferenz. Joseph Stettmeier.

Arbeiter-Turnerbund.

Die soeben erschienene statistische Uebersicht über den Stand der Arbeiterturnerbewegung weist einen großen Fortschritt in den letzten Jahren auf. Der Arbeiterturnerbund zählte vor zehn Jahren nur 285 Vereine mit 18 523 Angehörigen, heute hat sich der Bund auf 1236 Vereine mit 105 056 Angehörigen emporgearbeitet. Der Zuwachs im letzten Jahr beläuft sich allein auf 287 Vereine mit 22 617 Angehörigen.

gehen.“ (Bericht der Hauptkommandantenschaft wie oben.) Der Kommandant fragt zum Schluß an, in welcher Weise die Obere Landesregierung vorzugehen beabsichtige mit dem Bemerken, „daß man Commandantenschaftslehre zu all möglicher Assistenz in voller Bereitschaft ist“.

Der Bereitschaft der Kommandantenschaft bedurfte es jedoch nicht. Es kam zu keinem Aufstande; man hatte viel zu schwarz gesehen.

Freilich eine ernste Sache war es, die die Gesellen von sämtlichen 34 Zünften Münchens hatte zusammenkommen lassen. Die lange Zeit, die seit ihrer Bitte um Freilassung der neun Gesellen verstrichen war, ohne daß eine Entscheidung gefallen war, hatte die Gesellen, die die obrigkeitlicherseits oft geübte Verschleppungstaktik sehr wohl kannten, unruhig gemacht, und sie hatten sich versammelt, um ihrer Forderung noch einmal energisch Ausdruck zu leihen. In einen gewaltsamen Aufstand dachten sie zwar nicht; ihnen standen andre wirksamere Mittel zu Gebote: Die Niederlegung der Arbeit und als letztes wirksamstes: die Entfernung aus der Stadt, die infolge des in jener Zeit herrschenden Mangels an Arbeitskräften durchaus keine leere Drohung war, sondern für Meisterschaft wie Obrigkeit recht empfindlich werden konnte. Einmütig beschloßen daher die Gesellen, noch ein letztes Mal bei der Regierung wie bei der gesamten Meisterschaft vorstellig zu werden, jedoch mit der Androhung, daß, falls man ihnen kein Gehör schenke, sie nicht nur alle die Arbeit niederlegen, sondern „München gänzlich verlassen und nach andern Städten wandern“ würden. Ein Rundschreiben an die Führer sämtlicher Zünfte kündigte der Meisterschaft diese geplante Secessio plebis wie folgt an:

„Das übereilte Urtheil und die Strafe der 9 unglücklichen Schloßergesellen hat uns hiesige sämtliche Gesellen aufmerksam gemacht; wir versammelten uns deswegen, wie bekannt, und beschloßen auf das Rathhaus zu gehen, uns zu Protocoll nehmen zu lassen, und S. Churf. Durchl. gehorsamt zu bitten, die ganze Sache näher zu untersuchen, und um die Loslassung der 9 unglücklichen Menschen zu bitten. Zwölf Tage sind nun verfloßen, und wir können garnicht einmal etwas erfahren. Da hiesige sämtliche Handwerksgefallen alles wohl überleget, und gute Gründe haben, sich von hier zu entfernen, so wollen wir demnach ehe wir dieses unternehmen, uns an die gesamte Meisterschaft wenden, sie aufrufen, uns in unserer gerechten Bitte zu unterstützen, im Weigerungsfall geben die Meister zu erkennen, wie unacht sie ihre Gesellen schätzen, und wir werden gezwungen werden, sämtliche unsere Abschiedsbriefe zu fordern, und das Andenken dieser so traurigen Begebenheit in das Ausland zu nehmen. Die Folgen hievon werden sie ohn unsere Erinnerung von selbst einsehen. Gegeben im Rahmen aller Handwerksgefallen und Professionen, so sich um unferthwillen angenommen haben. Es wird allen Zünften und Oberführern eighändig

Die aller 14 Tage erscheinende, in der Offizin der Leipziger Volkszeitung hergestellte Arbeiterturnzeitung, hat eine Abonnementziffer von 65 000 Exemplaren aufzuweisen.

Die Ausbreitung der Arbeiterorganisations auf dem Gebiet des gesellschaftlichen Vereinslebens ist lebhaft zu begrüßen, zumal die bürgerlichen Turn-, Radfahrer- und Gesangsvereine der Reaktion dienlich sind.

Die letzte Reichstagswahl hat massenhaft Beweise dafür erbracht, wie in den Vorstandsberichten der bürgerlichen Vereine Politik gemacht wurde und der Einfluß auf die Mitglieder zugunsten der bürgerlichen Wollandkandidaten seinen Nährboden fand.

Das gesellschaftliche Vereinsleben ist nicht aus der Welt zu schaffen und der so oft hervorgeführten „Neutralität“ bürgerlicher Vereine steht die Unwahrhaftigkeit nur zu deutlich an der Stirn geschrieben. Darum, hinweg mit aller Neutralitätsduselei, hinter die sich noch so mancher Arbeiter in den bürgerlichen Vereinen versteckt; das Vereinsgebiet auf gesellschaftlicher Grundlage muß für die Ziele der modernen Arbeiterbewegung gewonnen werden.

Der Arbeiter muß konsequent sein und sich aus den Fängen der Reaktion frei machen. Der Kampf der Behörden gegen Arbeiterturn- und Radfahrervereine ist bestig genug, um den Arbeitern, die auf dem gesellschaftlichen Vereinsgebiet Kräfte opfern, zu zeigen, wo ihr Platz ist.

In einem Flugblatt der Deutschen Turnerschaft, das just zur Wahlzeit kam, heißt es wörtlich:

Parteigeist, Kastengeist, Klassenherrschaft und tödlicher Haß gegen jeden, der nicht zur Fahne des sogenannten proletariats schwört — sie sind der Charakter der sozialdemokratischen Partei und ihres Arbeiterturnerbundes. Nur der organisierte, jeden andern Menschen hassende Arbeiter soll herrschen, mag er auch noch so unerfahren und unruhig sein. Es ist eine unwiderlegbare Tatsache, daß zur Deutschen Turnerschaft gehörende Arbeiter in manchen Fabriken von ihren organisierten Arbeitsgenossen empörend behandelt und von den Arbeiterorganisationen mit Maßregelung bedroht werden.

In dieser Tonart geht der traurige Angriff auf die Arbeiter und ihre Organisationen weiter, und von einer Turnerschaft wird dieses verübt, die leider noch vier Fünftel Arbeiter in ihren Reihen zählt.

In offizieller Form hat der Deutsche Turnerschafts-Ausschuß die Deutsche Turnerschaft als Volkwerk gegen die Sozialdemokratie gefeiert, sogar als einen Wall gegen umstürzlerische und zerstörende Zwecke.

Die Bestrebungen der Gewerkschaften werden von dem Turnerschafts-Ausschuß folgendermaßen behöhnt:

Der Turner soll sein im Beruf strebsam und arbeitsfreudig, mehr bedacht auf treues Schaffen, Lernen und Vorwärtkommen durch eigene Kraft, als auf Verletzung der Arbeitszeit und all die gebratenen Fauben, auf die die Faulen mit offenem Munde warten.

Nach solchen Leistungen kann es wahrlich keinem Arbeiter schwer fallen, den Grundsatz zu verfolgen: Keinen Mann und keinen Groschen für bürgerliche Turn-, Radfahrer- und Gesangsvereine.

An die Schriftführer und Mitarbeiter des Fachblattes.

1. Beschreibe das Papier bloß auf einer Seite. Die Schriftzeilen sind weit auseinander zu halten.

2. Sende den Versammlungsbericht am Tage nach der Versammlung schon an die Redaktion ein, schreibe aber, sobald es sich um Kritiken handelt, nur dasjenige, was vor Gericht jederzeit bewiesen werden kann.

3. Wird ein gebiegenes Referat gehalten, dann kann der Bericht in der Fachzeitung auch etwas ausführlicher sein.

4. Wird ein Tarif abgeschlossen, so sind die wichtigsten Bestimmungen im Fachblatt zu publizieren; insbesondere ist in Zahlen auszudrücken, welche Lohnzulage erreicht wurde.

5. Ueber Gewerbegerichtsentscheidungen, die unsere Berufsgenossen interessieren, ist schnellstens an die Redaktion zu berichten.

6. Hat ein Kollege das Zeug, selbständige Artikel zu schreiben, so fasse er sich kurz und bündig, jede unnötige Einleitung ist wegzulassen. Ein Artikel, der mehr als 10—15 Seiten im Manuskript oder zwei Spalten in der Zeitung entfällt, wird von den Mitgliedern nicht mehr mit dem nötigen Interesse gelesen.

7. Jeder schreibfähige Kollege soll Mitarbeiter an seiner Fachzeitung sein, die Gauleiter und Lokalbeamten aber in erster Linie.

und bekannt gemacht werden, daß sie es denen anderen Mitmeistern vortragen sollen.“

Die Ereignisse der letzten Tage hatten ihren Eindruck an den maßgebenden Stellen nicht verfehlt. Bereits am 15. Dezember erschien ein kurfürstliches Mandat an die Obere Landesregierung, worin der Kurfürst zwar sein „Mißfallen“ mit dem „gewagten Aufstand der hiesigen Schloßergesellen, und nicht minder die Erfreudung solcher Ausschweifungen auf die Gesellen der übrigen Zünften allhiesiger Residenzstadt“ zum Ausdruck bringt, jedoch, wenn die „aus den Werkstätten und Arbeit getretenen Gesellen vorderhand ihre wiederbesperrigen Gesinnungen ablegen, und in ihre Werkstätten rüdkreten, und sohin all-dort sich ruhig und arbeitsam betragen“, eine gnädigste Entschliesung in Aussicht stellt.

Nach am selben Tage werden die Mitgesellen sämtlicher 34 Zünfte auf das Rathhaus berufen und ihnen die Entschliesung des Kurfürsten bekannt gegeben. Ein Protocoll des Inhalts, daß sie alle bereit wären, dem Befehle des Kurfürsten nachzukommen und die Arbeit wieder aufzunehmen, wird gefertigt und ihnen zur Unterzeichnung als Zustimmung zu demselben vorgelegt. Doch die Mitgesellen weigern sich das Protocoll zu unterzeichnen, bevor sie von dem Inhalt desselben die übrigen Gesellen in Kenntnis gesetzt und sich mit ihnen über die weiteren Schritte beraten hätten. Diese Erlaubnis wird ihnen mit dem Auftrag, mit ihrer Aeußerung sogleich wieder zurückzukehren, erteilt.

Nachdem sich die Mitgesellen mit den übrigen ins Benehmen gesetzt hatten, kamen sie zurück und erklärten vor der Kommission, daß sie, weil ihnen einige Meister selbst zugesagt hatten, S. Churf. Durchl. unterthänigst aufzuwarten, sich alle in die Arbeit bis auf die Mitgesellen berufen wöllen. Die Mitgesellen aber werden sämtliche auf der Hörberg verbleiben, bis gleichwohl von denen zu S. Churf. Durchl. sich verfügenden Meistern und Mitgesellen die gnädigste Willensmeinung zurückgebracht werden wird, damit sie sodann das behörige sogleich denen übrigen Gesellen hinterbringen können. Sollte aber die höchste Entschliesung nicht erfolgen, so seien sämtliche Gesellen wiederum bereit, aus der Arbeit zu treten, und sodann ganz ruhig sich von hier wegzubeben.“

Diese letzten Vorstellungen seitens der Meister, der Gesellen und des Magistrats bei dem Kurfürsten hatten Erfolg. Unter dem 17. Dezember 1794 erging der kurfürstliche Befehl: „Seine Churfürstliche Durchlaucht haben sich durch das wiederholte unterthänigste Ansuchen und auf hoher Fürsprache der vermittelnden Frauen Churfürstin, dann in Zuversicht künftig mehrer Bescheidenheit und Ordnung zu beschließen bewegen gefunden, daß die wegen Widersetzlichkeit theils ad militiam condemnirt, theils inhaftirt gewesenen Schloßergesellen wiederum freigegeben werden sollen.“

So endete dank der Einmütigkeit der Gesellen der Streik der Schloßergesellen zu München mit deren vollständigen Siege.